



## Protokoll

### 28. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 9. Dezember 2004

10.00–12.10 / 14.00 – 17.05 Uhr

**Abwesend Vormittag:**

Fuchs Beatrice, Hintermann Urs und Schäfli Patrick

**Abwesend Nachmittag:**

Fuchs Beatrice, Hintermann Urs, Maag Esther und Schäfli Patrick

**Kanzlei**

Mundschin Walter

**Protokoll:**

Amsler Ursula, Maurer Andrea und Klee Alex

**Index**

Dringliche Vorstösse .....	927
Mitteilungen .....	943
Traktandenliste, zur .....	917
Überweisungen des Büros .....	928

**Traktanden**

22 2004/255

Wahl eines ausserordentlichen Strafgerichtspräsidiums für die Amtsperiode 1.1.2005 - 31.3.2006

*gewählt Irene Läuchli* 917

8 2004/231

Berichte des Regierungsrates vom 14. September 2004 und der Finanzkommission vom 25. November 2004: Voranschlag 2005

*beschlossen* 917 und 930

9 2004/231/01–51

Berichte des Regierungsrates vom 9. November 2004 und der Finanzkommission vom 25. November 2004: Parlamentarische Anträge zum Budget 2005

*alle behandelt* 917 und 930

23 2004/308

Dringliche Interpellation von Ruedi Brassel vom 8. Dezember 2004: Im Extrazug in die Sippenhaft?

*beantwortet* 928

24 2004/309

Dringliche Interpellation von Hanspeter Frey vom 8. Dezember 2004: "Chienbergtunnel" Verzögerungen?

*beantwortet* 929

25 2004/329

Dringliche Motion von Thomi Jourdan vom 9. Dezember 2004: Sicherung der Tramübergänge - Jetzt braucht es konkrete Schritte!

*überwiesen* 942

19 2004/257

Motion der SVP-Fraktion vom 14. Oktober 2004: Rückforderung Subvention an Basel Sinfonietta. Überweisung zur Vorprüfung an die Finanzkommission

*beschlossen* 943

20 2004/259

Motion von Patrick Schäfli vom 14. Oktober 2004: Basel Sinfonietta: Rückzahlung unrechtmässig ausbezahlter Beiträge 2003. Überweisung zur Vorprüfung an die Finanzkommission

*beschlossen* 943**Nicht behandelte Traktanden**

10 2004/232

Berichte des Regierungsrates vom 14. September 2004 und der Finanzkommission vom 25. November 2004: Jahresprogramm des Regierungsrates für das Jahr 2005

11 2004/191

Berichte des Regierungsrates vom 7. September 2004 und der Finanzkommission vom 16. November 2004: Abrechnung der grenzüberschreitenden ÖV-Linien BS-BL für das Jahr 2003

12 2004/102

Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park

13 2004/119

Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park

14 2004/153

Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park; Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009

15 2004/165

Berichte des Regierungsrates vom 29. Juni 2004 und der Finanzkommission vom 23. November 2004: Gesuch der Genossenschaft Fussballstadion St. Jakob um finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft am Ausbau der Zuschauerkapazität im Fussballstadion St. Jakob-Park

16 2004/178

Berichte des Regierungsrates vom 24. August 2004 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 12. November 2004: Formuliert Verfassungsinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen(KMU); KMU-Förderungsinitiative

17 2004/179

Berichte des Regierungsrates vom 24. August 2004 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 12. November 2004: Formuliert Gesetzesinitiative "zur Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); KMU-Entlastungsinitiative

21 2004/156

Interpellation von Simone Abt vom 24. Juni 2004: Entscheidung des Nationalrates: Strafrechtliche Verfolgung von Cannabis-KonsumentInnen statt Jugendschutz und Opportunitätsprinzip. Schriftliche Antwort vom 16. November 2004



Nr. 941

**Begrüssung, Mitteilungen**

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** begrüsst die Anwesenden zur Weiterberatung des Budgets 2005.

*Mitteilungen*

**Daniela Schneeberger** verweist auf das generelle Rauchverbot im gesamten Ratsgebäude.

*Entschuldigungen*

Vormittag: Fuchs Beatrice, Hintermann Urs und Schäfli Patrick

Nachmittag: Fuchs Beatrice, Hintermann Urs, Maag Esther und Schäfli Patrick

*StimmzählerInnen:*

Seite FDP: Matthias Zoller  
Seite SP: Sylvia Liechti  
Mitte/Büro: Urs Hess

Nr. 942

**Zur Traktandenliste**

Mit einem Rückkommensantrag auf die Vorlage 2004/255 bittet **Paul Schär** die Wahl eines ausserordentlichen Strafgerichtspräsidiums für die Amtsperiode 1.1.2005 - 31.3.2006 als Pkt. 22. auf die Traktandenliste zu setzen. Gleichzeitig schlägt die FDP-Fraktion Irene Läuchli zur Wahl vor.

://: Der Landrat stimmt der Traktandierung einstimmig zu.

*Für das Protokoll:*

*Ursula Amsler, Landeskanzlei*

Nr. 943

**22 2004/255****Wahl eines ausserordentlichen Strafgerichtspräsidiums für die Amtsperiode 1.1.2005 - 31.3.2006**

**Daniela Schneeberger** schlägt vor, die Wahl sofort vorzunehmen.

://: Die Landratspräsidentin erklärt, nachdem keine weiteren Nominierungen angemeldet werden, Irene Läuchli als in stiller Wahl gewählt.

*Verteiler:*

- Irene Läuchli, Peterhansstrasse 10, 4415 Lausen
- Kantonsgericht
- Finanzverwaltung
- Landeskanzlei

*Für das Protokoll:*

*Ursula Amsler, Landeskanzlei*

Nr. 944

**8 2004/231****Berichte des Regierungsrates vom 14. September 2004 und der Finanzkommission vom 25. November 2004: Voranschlag 2005****9 2004/231/ 01-51****Berichte des Regierungsrates vom 9. November 2004 und der Finanzkommission vom 25. November 2004: Parlamentarische Anträge zum Budget 2005****Fortsetzung der Budgetdebatte**

## Detailberatung

**Daniela Schneeberger** erinnert an die weiterhin gültige Redezeitbeschränkung und erläutert in einem Abriss den Verlauf der Detailberatung.

**Anträge 2004/231-01 - 03 betreffend Personalaufwand, alle Direktionen und Gerichte (Konto 30)**

Die Regierung lehnt die Budgetanträge ab.  
Die Finanzkommission stimmt den Budgetpostulaten zu.

**Daniela Schneeberger** teilt mit, von der SVP-Fraktion wurde eine namentliche Abstimmung zu diesem Budgetvorstoss verlangt.

Regierungspräsident **Adrian Ballmer** bittet das Parlament die drei Budgetanträge abzulehnen. Auf Seite 9 zum Voranschlag 2005 wird der Anstieg des Personalaufwands im Detail begründet. Neben dem beschlossenen ES-Anstieg von 9,5 Mio. Franken), der vorzeitigen Pensionierung im Rahmen von GAP mit 4,3 Mio. Franken steigt der ebenfalls beschlossene Personalaufwand der Lehrpersonen um 4,3 Mio. Franken an. Die im Budget 2004 zu tiefe Budgetierung des Personalaufwands in den Kantonsspitalern Bruderholz und Laufen löst Zusatzkosten in Höhe von insgesamt 7,4 Mio. Franken aus.

Der restliche Mehraufwand von 14 Mio. Franken ist in erster Linie auf den Stellenausbau der Spitäler und dort auf die vom Bund vorgegebene Reduktion der Arbeitszeit der Assistenten- und Oberärzte zurückzuführen.

Im Rahmen von GAP setzt der Regierungsrat vorab bei den Aufgaben, den Leistungs- und Qualitätsstandards und erst als Folge davon bei der Reduktion an.

RR Adrian Ballmer bittet das Parlament den Antrag abzulehnen, der im Uebrigen auch für das *Waldenburgertal* und den Kanton ein schlechtes Signal darstellen würde.

**Hildy Haas** stellt fest, eine Reduktion um 10 Mio. Franken sollte verkraftbar sein, denn es gehe nicht um einen Personalabbau sondern lediglich darum, von den 40 Mio. Franken an zusätzlichen Ausgaben 10 Mio. Franken einzusparen. Dieser Betrag entspricht 1% der gesamten Lohnsumme. Der Regierung werde auch nicht vorgeschrieben, wo sie das Geld einsparen soll, da der Landrat dafür zu wenig detaillier-

te Kenntnisse besitzt.

Die Landrätin merkt an, mehr Input bedeute nicht in jedem Falle auch mehr Output.

Es gebe aber durchaus kreative Lösungen:

Bei den Spitälern könnte mit einer Reduktion der unzähligen Teilzeitmodelle auf einige wenige der administrative Aufwand um ein Vielfaches reduziert werden.

Bei den Pflichtstundenzahl wurde mit der Rücknahme der zusätzlichen Stunde an der letzten Landratssitzung eine weitere Chance für Einsparungen vertan.

**Marc Joset** führt aus, nachdem der Kommissionsbericht die Mehrheitsverhältnisse aufgedeckt hat, konnte Hildy Haas deren Argumente nun auch mündlich vertreten. Mit dem Finanzdirektor Adrian Ballmer hat auch die Regierung ihre Meinung zum Besten gegeben.

Die Minderheit der Kommission unterstützt den Regierungsrat, der in seinen Ausführungen eine detaillierte Begründung liefert.

Marc Joset stellt fest, nachdem in der Finanzkommission lange und hart um einzelne Positionen gerungen wurde, platzt nun dieser offenbar von langer Hand vorbereitete Kürzungsantrag über 10 Mio. Franken mitten in den schon seit Monaten laufenden Budget- und GAP-Prozess. Er empfinde dieses Vorgehen als "Rückenschuss". Damit werde der Budgetprozess unterlaufen.

Dass die SVP latent Dienststellen im Bildungssektor angreift, während die FDP die Spitäler, und die CVP die Polizei angreifen, hat mit einem parlamentarischen Prozess nicht mehr das Geringste zu tun. Dabei spiele er nicht mehr mit. Die Debatten in der Finanzkommission werden gestört und unterlaufen. So könne er das Präsidium nicht weiter führen.

**Annemarie Marbet** betont, die SP-Fraktion verwehre sich in aller Deutlichkeit gegen die "copy paced-Anträge". Nach dem ganztägigen Budgethearing mit der Regierung habe niemand einen gleichlautenden Antrag gestellt. Für sie stellt sich die Frage, wird die Arbeit in Regierung und Finanzkommission überhaupt ernst genommen? Der vorliegende Budgetantrag wirkt sich sowohl auf das Personal - er kommt einem Stellenabbau gleich - als auch auf die Qualität der Dienstleistungen aus. Das Personal wird verunsichert. Die SP-Fraktion will keinen Stellenabbau, sie stellt sich hinter das Personal.

Anlässlich der gestrigen Budgetdebatte hat Annemarie Marbet zum Ausdruck gebracht, dass die SP das Regierungsbudget unterstützt. Werden die pauschalen Budgetanträge angenommen, wird die SP einen Vorbehalt bezüglich der Zustimmung zum Budget anbringen. Die Pauschalisierung der bürgerlichen Abbaupolitik ist verantwortungslos und degradiert das Parlament. Ein solcher Abbau ist nicht verantwortbar.

Schon an der gestrigen Debatte habe sie betont, mit dieser "Hauruckübung" werden die gesetzlichen Bestimmungen missachtet.

Anpassungen der neuen Personalordnung, die erst seit 2001 in Kraft ist, bedürfen einer Gesetzesänderung. Niemand äussert konkrete Abbaupläne. Der Antrag ist konzeptlos und verfügt über keinerlei Transparenz. Weitere Verteilkämpfe in den Direktionen und Dienststellen müssen verhindert werden. Die SP stellt sich vehement gegen die Budgetanträge.

Namens der Fraktion der Grünen lehnt **Jürg Wiedemann** die kurzsichtige bürgerliche Personalpolitik ab, die aus dem Kanton Baselland einen asozialen Arbeitgeber macht, seine Angestellten mit einer fragwürdigen Personalpolitik ausnutzt und sie als Manövriermasse betrachtet. Die Erklärungsversuche der Bürgerlichen sind fadenscheinig und überzeugen in keiner Weise.

Eine Reduktion von 10 Mio. Franken ist nicht mit kleinen Korrekturen zu erreichen, dazu sind einschneidende Massnahmen notwendig. Um 10 Mio. Franken einzusparen müssen 100 Stellen abgebaut werden. Arbeitsunzufriedenheit, spürbarer Motivations- und Qualitätsverlust sowie ein Abbau des Service Public sind die Folgen. Langfristig wird diese Rechnung nicht aufgehen.

Der fantasielose Rundumschlag und der Frontalangriff der Bürgerlichen gegen die Staatsangestellten wird einen massiven Substanzverlust zur Folge haben und schadet letztlich dem Kanton.

Die Fraktion der Grünen erachtet die Budgetpostulate als unbrauchbar und als unqualifizierte Ueberreaktion.

Die Ausführungen des Kommissionspräsidenten klassiert **Jörg Krähenbühl** als Votum eines Einzelsprechers. Wie dem Kommissionsbericht zu entnehmen ist, hat die Kommission den Budgetpostulaten 01 - 03 zugestimmt. Es ist daher angezeigt, dass der Kommissionspräsident in seiner Funktion als Präsident nicht seine persönliche sondern die Kommissionsmeinung vertritt. Jörg Krähenbühl bittet die Anwesenden, die selbstaufgelegten Schranken einzuhalten.

**Eugen Tanner** erinnert an die zwei kürzlich zur Stellenplafonierung überwiesenen Motionen. Ausserdem verweist er darauf, dass die Entwicklung des Personalaufwands schon in der Vergangenheit ein Dauerthema war.

Werden die Bremsen jetzt nicht angezogen, so wird der Mehraufwand im Personalsektor zwischen 1998 - 2008 schliesslich 50% ausmachen.

Vor diesem Hintergrund stehen die zusätzlich ins Budget 2005 eingestellten 40 Mio. Franken zur Debatte.

Dass gesetzlich Rahmenbedingungen bei der Einsparung nicht unterlaufen werden, ist für Eugen Tanner selbstverständlich.

Er unterstreicht, mit der Reduktion von 10 Mio. Franken wird lediglich die Aufstockung von 40 Mio. auf 30 Mio. Franken reduziert.

Einsparen könne man die 10 Mio. Franken, indem beispielsweise der massive Ausbau in den Spitälern nicht in vollem Umfang realisiert wird.

Rechnet man den Nachholbedarf der Spitäler aus dem Jahre 2004 und die zusätzlichen Forderungen zusammen, ergibt dies 13- 14 Mio. Franken.

Würde man diesen Betrag um die Hälfte kürzen, wären bereits 6 - 7 Mio. Franken gespart.

Aehnlich sieht es bei den Gymnasien aus. Würde die vorgeschriebene Richtgrösse von 24 Schülern endlich eingehalten, braucht es keinen Klassenausbau. Damit könnten weitere 3 Mio. Franken eingespart werden.

Damit sind die geforderten 10 Mio. Franken faktisch schon erreicht.

Was den ES-Stufenanstieg betrifft, so ist Eugen Tanner überzeugt, dass der Betrag von 9,5 Mio. Franken zu hoch angesetzt ist.

Fazit. Die Regierung hat genügend Spielraum, um die 10 Mio. Franken einzusparen, und zwar ohne das Gesetz zu verletzen oder Personal abzubauen.

**Sabine Stöcklin** moniert, der Landrat nehme mit dem Budgetvorstoss und den eingereichten Plafonierungsvorstössen sein eigenes Verwaltungsreformprojekt WoV nicht mehr ernst.

Der Kanton hat in das Mitte der neunziger Jahre lancierte Projekt New Public Management in personeller und finanzieller Hinsicht eine Menge investiert.

Sollen diese Massnahmen nun alle wirkungslos in der Luft verpuffen? Ist es klug, nun auf halbem Weg umzukehren und was gesät wurde nicht zu ernten?

**RR Urs Wüthrich** ist es wichtig, im Bildungsbereich gewisse Zahlen richtig zu stellen.

Realität ist, dass die Maturitätsklassen in den Gymnasien kantonsweit durchschnittlich 21,7 anstelle von 24 SchülernInnen betragen, bei der Fachmaturität sind es 22,7 von 24, in der Sekundarstufe Niveau A 17,5 anstelle von 20, in Niveau E 20,7 statt 22 und auf Niveau P 22,5 anstelle der Richtzahl 22.

Der Bildungsdirektor bittet den Landrat, das für die Umsetzung verantwortliche Personal nicht mit Falschmeldungen zu demotivieren.

**Regula Meschberger** findet, die Bürgerlichen machen es sich mit ihrem globalen Kürzungsantrag etwas zu einfach. Hildy Haas habe zumindest einen Versuch unternommen und konkrete Vorschläge unterbreitet.

Allerdings sei es familienpolitisch eine völlig unsinnige Massnahme die Teilzeitmodelle in den Spitälern redimensionieren zu wollen.

Die gleiche Fraktion habe sich gestern gegen eine Pensenreduktion zur Wehr gesetzt. Wo bleibt das die Konsequenz?

**Juliana Nufer** orientiert, auch die FDP-Fraktion habe sich mit der Personalkostenreduktion intensiv auseinander gesetzt und ist dabei zum Schluss gelangt, dass die Personaleinsparungen ohne weitergehende Massnahmen allein durch die normale Fluktuation zu lösen sein müssten. Die jährliche Fluktuation konnte auch auf Anfrage leider nicht in Erfahrung gebracht werden.

Was den Sollstellenplan angeht, so handelt es sich dabei um ein eindeutiges Führungsinstrument, auf das trotz WoV nicht verzichtet werden darf.

Vorab bemerkt **Isaac Reber**, die gestrige Budgetdebatte habe ihn überrascht, er habe einige Dinge offenbar falsch eingeschätzt und entschuldige sich dafür an dieser Stelle. Was die drei Budgetanträge angeht, so könne er sich kurz fassen: "Ziel sparen legitim, Weg falsch." Isaac Reber ist der Ansicht, alle Budgetvorstösse sollten zurückgezogen und in die laufende GAP-Vernehmlassung eingebracht werden. Dazu muss allerdings definiert werden, wo Einsparungen vorzunehmen sind.

**RR Adrian Ballmer** meint an die Adresse Eugen Tanners, es werde nicht wie bisher weitergefahren, die Stunde der Wahrheit komme bei der GAP-Beratung. Gleichzeitig müsse aber über die Aufgaben- und Leistungsseite diskutiert werden.

Ob bei den Spitälern das erforderliche Personal in so kurzer Zeit rekrutiert werden kann ist ungewiss. Da es sich um eine Vorgabe des Bundes handelt, muss der Betrag aber ins Budget eingestellt werden.

Gemäss GAP stellt die FKD in der Steuerverwaltung zusätzliches Personal für die intensivere Bewirtschaftung der Veranlagungen ein. Der Personalaufwand wird dadurch zwar leicht erhöht, unter dem Strich resultiert jedoch eine Saldoverbesserung.

An Juliana Nufer gewandt bemerkt RR Adrian Ballmer, selbstverständlich könnte man eine Reduktion via Personalfuktuation vornehmen. Leider sind aber die Fluktuationsraten dort hoch, wo eigentlich eine Aufstockung angesagt wäre. Zudem müssen parallel zu den Fluktuationen immer auch die Aufgaben reduziert werden.

Namentliche Abstimmung

JA-Stimmen:

Anderegg Romy  
 Augstburger Elisabeth  
 Bachmann Rita  
 Blatter Margrit  
 Brunner Rosemarie  
 Cecarelli Daniele  
 Corvini Ivo  
 de Courten Thomas  
 Franz Remo

Nufer Juliana  
 Piatti Claudia  
 Richterich Rolf  
 Ringgenberg Hans-Jürg  
 Rohrbach Paul  
 Rufi Werner  
 Ryser Hanspeter  
 Schär Paul  
 Schenk Dieter

Frey Hanspeter  
 Fritschi Anton  
 Gerber Fredy  
 Gutzwiler Eva  
 Haas Hildy  
 Hammel Urs  
 Hasler Gerhard  
 Hess Urs  
 Holinger Peter  
 Jermann Hans  
 Jordi Paul  
 Jourdan Thomi  
 Keller Rudolf  
 Krähenbühl Jörg  
 Kunz Urs  
 Liechti Sylvia  
 Mangold Christine

Schneeberger Daniela  
 Schneider Elisabeth  
 Schulte Thomas  
 Simonet Jacqueline  
 Steiger Bruno  
 Steiner Christian  
 Tanner Eugen  
 Thüring Georges  
 Van der Merwe Judith  
 Völlmin Dieter  
 Wegmüller Helen  
 Wenk Daniel  
 Willmann Karl  
 Wirz Hansruedi  
 Wullschleger HP.  
 Zihlmann Iris  
 Zoller Matthias  
 Zwick Peter

NEIN-Stimmen:

Abt Simone  
 Aebi Heinz  
 Birkhäuser Kaspar  
 Brassel Ruedi  
 Brenzikofer Florence  
 Chappuis Eva  
 Degen Jürg  
 Göschke Madeleine  
 Halder Jacqueline  
 Helfenstein Andreas  
 Hilber Franz  
 Huggel Hanni  
 Jäggi Ursula  
 Joset Marc  
 Küng Peter  
 Maag Esther

Marbet Annemarie  
 Meschberger Regula  
 Morel Etienne  
 Münger Daniel  
 Nussbaumer Eric  
 Reber Isaac  
 Rudin Christoph  
 Rüegg Martin  
 Schmied Elsbeth  
 Schoch Philipp  
 Schweizer Hannes  
 Stöcklin Sabine  
 Svoboda Paul  
 Wiedemann Jürg  
 Ziegler Röbi

Enthaltungen:

Schuler Agathe

://: Die Budgetanträge 2004/231-01 , 02 und 03 werden mit 53:31 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

**Anträge 2004/231-04 - 06 sowie 2004/231-35 betreffend Fahrzeuge, Dienststelle: Alle Direktionen und Gerichte (Konto 311.7)**

**Daniela Schneeberger** orientiert, dass die drei Budgetpostulate zugunsten des *nachfolgenden Antrags* der Finanzkommission zurückgezogen wurden:

*Ab Budget 2005 ist die Beschaffung sämtlicher Fahrzeuge der Kantonalen Verwaltung über das Budget der BUD abzuwickeln. Der Betrag ist um Fr. 450'000.-- auf 1,8 Mio. Franken zu kürzen.*

Der Regierungsrat lehnt den Antrag der Finanzkommission ab.

**RR Sabine Pegoraro** bittet die Kürzung um Fr. 450'000.-- abzulehnen. Mit dem Antrag der Finanzkommission, die Budgetierung zentral bei der BUD vorzunehmen, kann die Regierung aber leben.

Vom Kürzungsantrag betroffen sind in erster Linie die BUD und das JPMD.

Bei der BUD geht es einerseits um die Ersatzbeschaffung der bestehenden Fahrzeugflotte gemäss dem Mehrjahresprogramm.

Um diese weiter zu betreiben, ist der budgetierte Betrag dringend erforderlich. Eine Kürzung hätte hohe Betriebs- und Unterhaltskosten zur Folge.

Von der Kürzung wäre zudem auch die Anschaffung von Maschinen und Geräten des Tiefbauamtes betroffen.

Bei der JPMD würde sich die Kürzung in erster Linie auf die Polizei auswirken. Gefährdet wäre die bevorstehende Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung, und damit die Bildung einer Einsatz- und Sicherheitspolizei.

Während die Einsatzpolizei bei dringenden Ereignissen, wie Verkehrsunfällen oder Gewaltdelikten rascher als bisher eingreifen könnte, übernimmt die Sicherheitspolizei die Ermittlungen, Abklärungen sowie präventive Aufgaben. Mit der neuen Struktur soll dem Bedürfnis der Bevölkerung nach gezielter Polizeipräsenz vermehrt Rechnung getragen werden.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben sind vier zusätzliche Patrouillenfahrzeuge notwendig.

Kommissionspräsident **Marc Joset** hält fest, die Finanzkommission plädiert für die Konzentration der Fahrzeugbeschaffung auf eine Dienststelle, wobei die Mittel auf dem Stand des Budgets 2004 zu belassen sind.

Für die Fraktion der Grünen ist die Regierungsbegründung gemäss **Jürg Widemann** nicht stichhaltig. Der Fahrzeugpark im JPMD sei ausreichend.

Gerade bei Ermittlungen und präventiven Aufgaben ist nach Ansicht Jürg Wiedemanns auf die Karte "Vermittlung, Gespräch und Prävention" zu setzen.

Was die Beschaffung von Maschinen und Geräten bei der BUD anbelangt, sollte es mit einer optimalen Planung möglich sein, den Winterdienst auf den Strassen zu reduzieren ohne die Verkehrssicherheit zu mindern.

Die Bevölkerung sollte ausserdem dazu motiviert werden, bei schlechter Witterung den OeV zu benutzen.

Die Fraktion der Grünen unterstützt den Antrag der Finanzkommission.

**Paul Svoboda** betont, betrachtet man die Entwicklung der Fahrzeugflotte, stellt man fest, dass sich der Fahrzeugpark der Polizei im Zeitraum zwischen 1993 - 2003 praktisch verdoppelt hat. Die Polizei erhielt demnach bisher immer genügend Mittel.

Das Budget für die Fahrzeuge wird überdies nicht gestrichen sondern lediglich um Fr. 450'000.-- reduziert. Setzt die Polizei Prioritäten, kann sie die dringend benötigten Fahrzeuge also durchaus noch beschaffen.



Paul Svoboda bittet um Unterstützung des Kommissionsantrags.

://: Der Budgetantrag der Finanzkommission wird angenommen.

**Budgetanträge 2004/231-07 - 13 betreffend Informatik /EDV-Dienstleistungen Dritter Konti 311.8 und Konti 318.8**

**Daniela Schneeberger** informiert, Annemarie Marbet habe Budgetpostulat 2004/231-07 zugunsten der Postulate 08-13 zurückgezogen.

Der Regierungsrat lehnt die Anträge ab. Die Finanzkommission stimmt dem neuen Antrag der FDP, das Budget um 1,12 Mio. Franken zu reduzieren, zu.

Obwohl der Antrag der Finanzkommission um Welten besser ist als die ursprünglichen Budgetpostulate, bittet **RR Adrian Ballmer** auch diesen abzulehnen.

Die Anträge driften diametral auseinander, da sie einerseits dafür plädieren die Menge zu reduzieren und andererseits bei der Informatik zu kürzen.

Die Informatik ist kein Kostentreiber, im Gegenteil dient sie dazu die Prozesse schlanker, effizienter und effektiver zu gestalten.

**Hildy Haas** teilt mit, die SVP halte an ihrem ursprünglichen Antrag, das Budget um 4,6 Mio. Franken zu kürzen, fest.

**Juliana Nufer** stellt fest, die FDP ziehe ihre beiden Anträge 2004/231-09 und 2004/231-12 zugunsten ihres neuen Antrags zurück.

Da das Parlament äusserst sensibel auf die Informatik reagiert, haben die Bürgerlichen ein spezielles Augenmerk auf die Informatikanwendungen gelegt.

Nach genauem Studium der laufenden EDV-Projekte kam die FDP-Fraktion zum Schluss, es wurde der richtige Weg eingeschlagen.

Der Regierungsbegründung ist zu entnehmen, dass eine Aenderung der Buchhaltungsrichtlinien vorgenommen wurde. Im Budget gab es dazu keinen Hinweis. Bei der Differenz der rund 3,4 Mio. Franken handelt es sich somit um einen buchhalterischen Effekt.

Die Projekte Census NEST, die Ablösung der EDV bei der MFK sowie die Systemanpassung im Bruderholzspital bleiben trotz der Kürzung ungefährdet.

Die FDP unterstützt die Bestrebungen der Informatik, den Anwendern einen benutzerfreundlichen Standard zu bieten, weist jedoch darauf hin, dass es auch gefährlich ist, zuviele Projekte gleichzeitig am Laufen zu halten.

Juliana Nufer bittet den Rat, dem neuen Antrag der FDP zuzustimmen.

**Eugen Tanner** teilt vorab mit, die CVP/EVP ziehe ihren ursprünglichen Antrag zugunsten des Antrags der FDP zurück.

Er macht darauf aufmerksam, dass das Gesamtvolumen des Informatikbudgets 32 Mio. Franken beträgt.

Hätte die Effizienzsteigerung mit den Kosten in der Vergangenheit Schritt gehalten, müssten die Personalaufwendungen heute im Minus liegen.

Abschliessend meint er, neben der Begründung der Mehrkosten müssten auch die Basiskosten wieder einmal hinterfragt werden.

**Annemarie Marbet** wurde vom Saulus zum Paulus. Sie hat ihren Antrag nämlich nicht zugunsten der restlichen Anträge zurückgezogen, sondern aufgrund der Begründungen der Regierung und der von Juliana Nufer abgegebenen Erläuterungen, die ihr bestätigt wurden.

Daraufhin habe sie sich entschlossen, ihren Antrag zurück zu ziehen und den Regierungsratsantrag zu unterstützen.

Die Verantwortlichen haben die nötige Transparenz geschaffen, die Effizienzsteigerung ist eingeleitet.

Annemarie Marbet bedauert, dass FDP und CVP/EVP nicht ebenfalls überzeugt werden konnten.

Sie hofft, dass die 26 eingeleiteten Massnahmen aus dem EDV PUK-Bericht nun nicht durch das Budgetpostulat torpediert werden.

Die SP lehnt die gleichlautenden Anträge insgesamt ab.

**Esther Maag** ging es ähnlich wie Annemarie Marbet.

Nachdem sich die Fraktion der Grünen informiert hat, fände sie es nicht gut bei der Informatik zu kürzen, da damit gleichzeitig die Rationalisierungsmassnahmen beschnitten würden.

Die Fraktion der Grünen lehnt deshalb sämtliche Budgetanträge ab, auch denjenigen der Finanzkommission.

**Marc Joset** stellt fest, die Mehrheitsmeinung der Finanzkommission wurde durch Juliana Nufer erläutert.

Er danke an dieser Stelle der Finanzdirektion recht herzlich für die umfangreiche Projektliste.

Aufgrund der zahlreichen Projekte konnte die Finanzkommission nur einen pauschalen Budgetantrag stellen, in der Hoffnung, die Regierung werde das Beste daraus machen.

Einmal mehr drückt bei den Sparanträgen für **Ruedi Brassel** die "Blindflugmentalität" durch. Würde es beispielsweise die Informatik der Kantonsbibliothek treffen, könnte die Bibliothek im nächsten Sommer nicht eröffnet werden.

**Daniela Schneeberger** stellt vorab den Antrag der FDP demjenigen der SVP gegenüber und lässt danach über den Obsiegenden abstimmen.

://: Der Landrat stimmt in der Eventualabstimmung mit grossem Mehr dem neuen Budgetantrag der FDP-Fraktion zu.

://: Der Landrat stimmt dem neuen Budgetantrag der FDP-Fraktion mit 47:30 Stimmen zu.

**Budgetantrag 2004/231-14 der SVP-Fraktion betr. 4100 Ombudsman (Konto 301.20)**

Regierung und Finanzkommission unterstützten den Budgetantrag.

://: Der Budgetantrag 2004/231-14 wird angenommen.

**Budgetanträge 2004/231-15 und 16 betreffend Bausparmodell (Konto 2115.400.10)**

Der Regierungsrat und die Finanzkommission lehnen die beiden Budgetpostulate ab.

**Eva Chappuis** führt aus, gestern noch hat der Finanzdirektor den Kanton Baselland als relativ gesetzestreu den Kanton bezeichnet. Sie werde ihn deshalb auch bezüglich des Bausparens auf seine relative Gesetzestreue verpflichten.

Dass die Gesetzestreue relativ ist, hängt damit zusammen, dass streng genommen die bisher angesparten Bauspargelder im 2005 dem Fonds entnommen und versteuert werden müssten.

Ihr genüge es jedoch, die bestehenden Guthaben zu sistieren und abzuwarten, was auf Bundesebene geschieht.

Von Gesetzes wegen untersagt ist es jedoch, auch im Jahre 2005 weitere Bausparabzüge zuzulassen.

In den Vorjahren haben die Abzüge zu Steuerausfällen von 4 Mio. Franken geführt. Dieser Betrag ist ins Budget 2005 aufzunehmen.

**Jürg Wiedemann** erläutert, gemäss Artikel 72d des Steuerharmonisierungsgesetzes ist das Baselbieter Bausparmodell ab 1.1.2005 illegal.

Aus diesem Grund sind die finanziellen Auswirkungen im Budget 2005 zu berücksichtigen.

Gemäss Absatz 1 desselben Artikels müssen die Kantone bis Ende 2004 ihre Gesetze anpassen. Sollte nach Ablauf dieser Frist das kantonale nicht dem Bundesgesetz entsprechen, so kommt gemäss Absatz 2 das Bundesrecht direkt zur Anwendung.

Die hängigen parlamentarischen Vorstösse von Hans-Rudolf Gysin und die eingereichte Standesinitiative des Kantons Baselland bewirken keine aufschiebende Wirkung.

Trotz der hängigen Vorstösse untersagte der Bundesrat an seiner Sitzung vom 4. November 2004 dem Kanton Baselland die Weiterführung des Bausparmodells.

Sowohl die Regierung als auch Hans-Rudolf Gysin und der Hauseigentümergeverband haben den Bundesentscheid zu respektieren.

Bundesgesetz und Steuerharmonisierungsgesetz gelten für alle Kantone gleichermassen.

Missachtet der Kanton Baselland das Bundesgesetz willkürlich, weil keine Sanktionsmöglichkeiten existieren, erscheint dies Jürg Wiedemann äusserst fragwürdig.

Ein Kanton mit einem derartigen Verhalten wird gemeinhin als Bananenrepublik bezeichnet.

**RR Adrian Ballmer** hält die Wortwahl Jürg Wiedemanns für völlig überraschend.

Der Regierungsrat halte sich selbstverständlich an das Bundesgesetz, aber auch beim Kinderabzug vom Steuerbetrag werde das Steuerharmonisierungsgesetz sehr "ausgedehnt" interpretiert. Denn dass der Abzug vom Steuerbetrag harmonisierungswidrig ist, ist offensichtlich.

Es ist im Übrigen nicht der Bundesrat, der die Frage entscheidet sondern das Parlament wird im 1. Quartal des kommenden Jahres darüber befinden.

Daraufhin wird der Kanton eine Neuurteilung vornehmen.

**Ruedi Brassel** bemerkt, der anwesende Kantonsgerichtspräsidenten verfolge die Debatte sicherlich mit Interesse. Er plädiere deshalb für die Einhaltung des Gesetzes.

://: Die Budgetanträge 2004/231-15 und 2004/231-16 werden abgelehnt.

**Budgetantrag 2004/231-17 der SVP-Fraktion betreffend Fachstelle für Gleichstellung; Löhne Verwaltungspersonal, Direktion: FKD 2130 (Konto 2130.301.20)**

Regierungsrat und Finanzkommission lehnen den Budgetantrag ab.

Nach dem bisher Gehörten wagt **Dieter Völlmin** kaum noch, das Budgetpostulat zu begründen.

Einleitend bemerkt er, sagt das Parlament wo gespart werden soll ist es falsch, ebenso falsch ist es aber, wenn es nicht sagt, wo gespart werden soll.

Am einfachsten wäre es gar nicht zu sparen; damit sind die Probleme aber nicht zu lösen.

Das Fehlen der Fachstelle für Gleichstellung bei der Vorstellung von GAP hätten seine Fraktion schon etwas überrascht. Stellen mit einer nicht so guten Verbindung zu Politik und Öffentlichkeit haben offenbar einen schwereren Stand.

Die SVP findet es nicht sinnvoll die externe Evaluation abzuwarten, da kaum mit einem negativen Resultat zu rechnen ist.

Nebenbei bemerkt Dieter Völlmin, er beziehe das Budgetpostulat 2004/231-18 der SVP ebenfalls in seine Überlegungen mit ein.

Bereits im vergangenen Jahr habe die SVP denselben Antrag gestellt. Es könnte der Eindruck entstehen, dies werde zu einem Ritual, was jedoch falsch ist.

Mit dem Antrag bezweckt die SVP eine massive Reduktion der Fachstelle für Gleichstellung.

All denjenigen, die ebenfalls an einer Reduktion interessiert sind, will die SVP mit ihrem Budgetpostulat die Gelegenheit geben, ihr Anliegen zu realisieren.

Wird der Antrag abgelehnt, behält sich die SVP vor, eine entsprechende Volksinitiative zu lancieren.

Die Führung einer Fachstelle für Gleichstellung gehört heute nicht mehr zu den Kernaufgaben eines Kantons. Dort wo sie wirklich benötigt würde, kann sie den Ansprüchen nicht gerecht werden.

Dieter Völlmin bittet den Anträgen zuzustimmen.

**Marc Joset** bemerkt, die Finanzkommission lehnt den Budgetantrag mehrheitlich ab und schliesst sich der Regierungsbeurteilung an.

**RR Adrian Ballmer** erinnert daran, dass im Auftrag des Parlaments derzeit eine Evaluation läuft, der nicht mit einem Budgetbeschluss vorgegriffen werden sollte. Die inhaltliche Diskussion sei berechtigt und könne 2005 im Parlament ausführlich geführt werden.

Die Regierung habe sich sehr bemüht den Studienauftrag an eine Person mit einer neutralen Position zu vergeben.

Da die FDP-Fraktion nicht Auftraggeber dieser Studie ist, wird sie laut **Juliana Nufer** dem Antrag nicht zustimmen.

**Ruedi Brassel** findet es interessant, dass man vom Inhalt einer Studie bereits Kenntnis haben kann, bevor diese abgeschlossen ist und egal welchen Inhalts die Studie ist, sie abgelehnt wird. Grundsätzlich müsse die Debatte gar nicht mehr geführt werden, denn es gehe wohl nur darum die Mittel zu streichen.

Ruedi Brassel ermahnt die Anwesenden, die Glaubwürdigkeit des Parlaments nicht zu sehr zu strapazieren.

**Florence Brenzikof** erinnert an ihr Votum vor einem Jahr und bemerkt, die Situation habe sich inzwischen nicht verändert. Dass die Arbeit der Fachstelle wichtig ist, bleibt unbestritten.

Dass die Verwirklichung der Gleichstellung zu den wichtigsten politischen Zielen des Baselbiets gehört, dieser Satz stammt aus dem Munde von Regierungspräsident Adrian Ballmer.

Für **Regula Meschberger** macht der Antrag der SVP, die Teilzeitstellen zu reduzieren, deutlich, wie dringend nötig die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann ist.

Bei der Familienpolitik gehe es nämlich auch um Teilzeitstellen von Männern.

://: Der Budgetantrag 2004/231-17 wird abgelehnt.

**Budgetantrag 2004/231-18 der SVP-Fraktion betreffend Fachstelle für Gleichstellung; Berater, Gutachter, Experten, Direktion FKD 2130 (Konto 318.20)**

**Budgetantrag 2004/231-19 von Bruno Steiger, SD, betreffend Fachstelle für Gleichstellung (Konto 2130.318.20)**

Der Regierungsrat und die Finanzkommission lehnen die beiden Budgetpostulate ab.

**Daniela Schneeberger** macht darauf aufmerksam, dass Dieter Völlmin zu Antrag 18 bereits Stellung genommen hat.

**Bruno Steiger** bekundet Mühe mit der regierungsrätlichen Begründung der Streichung der Einnahmen von Fr. 60'000.–. Es handle sich dabei nämlich nicht um Einnahmen sondern um Steuergelder.

Fraglich erscheint ihm überdies das hochstilisierte "Pseudoimpulsprogramm" Familie und Beruf.

Dass die öffentliche Hand Kinderkrippen für berufstätige Frauen finanzieren soll findet Bruno Steiger schlichtweg eine Sauerei. Die Finanzierung von Kinderkrippenplätzen ist Sache der Wirtschaft und nicht des Staats.

**RR Adrian Ballmer** erläutert, wenn die VSD der Fachstelle für Gleichstellung Fr. 60'000.-- bezahlt, ist dies kein Geschenk sondern die Abgeltung für eine erbrachte Dienstleistung. Würde die VSD diese Dienstleistung extern einkaufen, kostet es den Kanton zusätzlich "echtes" Geld.

**Daniela Schneeberger** stellt den Budgetantrag 2004/231-18 der SVP dem Antrag 2004/231-19 der SD gegenüber und lässt anschliessend über den Obsiegenden abstimmen.

://: Der Budgetantrag 2004/231-18 der SVP obsiegt in der Eventualabstimmung gegen demjenigen der SD.

://: Das Budgetantrag 2004/231-19 wird abgelehnt.

**Budgetanträge 2004/231-20 - 21 von Madeleine Göschke, Grüne Fraktion betreffend Krankenversicherungs-Prämienverbilligung (KVPV) gemäss KVG,**

Der Regierungsrat stimmt den Budgetanträgen mit einem eigenen Antrag zu.

Die Finanzkommission unterstützt den Regierungsantrag.

Zu den Abstimmungsergebnissen in der Finanzkommission bemerkt **Marc Joset**, dem Antrag 2004/231-20 hat die Kommission mit 6:5 Stimmen und dem Regierungsantrag mit 11:0 Stimmen zugestimmt.

Die 5 Gegenstimmen richten sich gegen die Absicht der Budgetkorrektur.

**Madeleine Göschke-Chiquet** verweist auf die Begründung im Budgetpostulat. Selbst wenn lediglich der Ist-Zustand erhalten werden soll, kann das Budget nicht gekürzt werden. Es ist davon auszugehen, dass im Jahre 2005 mehr Menschen Krankenkassenprämienverbilligungen beanspruchen werden als bisher.

Die Fraktion der Grünen ist überzeugt, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine gerechtere Verteilung der Subventionsgelder erreicht werden kann, vorausgesetzt der Verteilschlüssel erfährt eine Optimierung.

Dies ist denn auch das Ziel der beiden von der Fraktion der Grünen eingereichten Motionen 2004/271 und 2004/286.

Die Fraktion der Grünen empfehlen Zustimmung zu den beiden Budgetanträgen.

://: Die Budgetanträge 2004/231-20 und 2004/231-212 werden angenommen.

**Budgetanträge 2004/231-22 - 24 betreffend medizinisches Verbrauchsmaterial (Konto 313.1)**

Der Regierungsrat lehnt die Budgetanträge ab.  
Die Finanzkommission stimmt den Budgetanträgen zu.

**RR Erich Straumann** kann das Zustandekommen des vorliegenden Budgetpostulats nicht nachvollziehen, nachdem er sowohl der Finanzkommission anlässlich des Budgethearings als auch der Subkommission eine detaillierte Begründung geliefert und offene Fragen transparent beantwortet hat.

Der Sanitätsdirektor vergleicht die Budgetkürzung mit einem Schreiner, dem man einen Schrank in Auftrag gibt, ihm aber gleichzeitig das Holz wegnimmt.

Eine Budgetkürzung würde zu der von der Regierung strikte abgelehnten Zweiklassenmedizin führen.  
Er hoffe, das Parlament lehne den Antrag ab.

**Juliana Nufer** geht es nicht um die Einführung der Zweiklassenmedizin.

Das medizinische Verbrauchsmaterial beinhaltet neben Medikamenten und Implantations- auch Verbands-, Einweg- und Labormaterial und anderes mehr.

Die Zunahme des Verbrauchsmaterials betrug zwischen 1998 bis zum Budget 2005 rund 16 Mio. Franken. Das Gesamtbudget hat inzwischen eine Höhe von 39 Mio. Franken erreicht.

Die Entwicklung ist vor allem auf die Zunahme der ambulanten Fälle zurückzuführen. Die gegenseitige Abhängigkeit ist auch der FDP nicht entgangen.

Da sich die Finanzströme unterschiedlich entwickeln, entsteht auf der Einnahmenseite eine Verschiebung, indem die Patienten infolge der höheren Franchise direkt zur Kasse gebeten werden und die Krankenkassen, da immer mehr Patienten allgemein versichert sind, vermehrt Pauschalen entrichten. Der Rest muss vom Staat, sprich dem Steuerzahler berappt werden.

Richtlinien zwingen die Spitäler vermehrt Einwegmaterial zu nutzen, was die Kosten des Verbrauchsmaterials enorm ansteigen lässt.

Die Monopolanbieter nützen ihren Wettbewerbsvorteil zudem schamlos aus.

Was kann die Politik dagegen tun? Ihr bleibt nichts anderes, als den Geldfluss einzuschränken.

Die FDP verlangt, eine weiterführende Optimierung des Anstiegs der ambulanten Behandlungsformen und der damit verbundenen Kostensteigerung beim Verbrauchsmaterial.

Juliana Nufer fordert den Rat auf, dem Antrag zuzustimmen.

**Marc Joset** stellt fest, eine deutliche Minderheit der Finanzkommission unterstützt den Regierungsantrag, da sie der Auffassung ist es wäre der falsche Weg, gebundene Ausgaben mit dem Budget zu optimieren.

Zur Frage Juliana Nufers, was die Politik tun könnte, stellt **Philipp Schoch** fest, leider könne die Politik gar nichts tun. Es gelte beim medizinischen Verbrauchsmaterial nicht nur die Ausgaben sondern auch die Einnahmenseite zu berücksichtigen.

Der Kostenanstieg von 3,6% entspricht dem nationalen Durchschnitt und ist durchaus realistisch.

Wie bereits von RR Erich Straumann erwähnt, sei die Gefahr der Entstehung einer Zweiklassenmedizin gross.

Da er immer das Gefühl hatte, in den Spitälern werde sehr grosszügig budgetiert, hat sich **Paul Svoboda** über die drei Anträge zuerst enorm gefreut. Seine These wurde noch untermauert durch den 21%-igen Anstieg des Verbrauchsmaterial im Kantonsspital Liestal.

Da ihn interessierte, ob optimal eingekauft wird, hat er sich mit den zuständigen Personen in Verbindung gesetzt.

Aufgrund der Antworten wurde ihm rasch klar, dass das Maximum an Rabatten rausgeholt wird, indem die Spitäler im Verbund einkaufen. Mit wenigen Ausnahmen sind die Rabatte ausgeschöpft.

Inzwischen hat Paul Svoboda erkannt, dass das Problem die Monopolisten sind, die ihre konkurrenzlose Situation ausnützen.

Er bezweifelt deshalb, dass mit dem Druck auf das Budget das gewünschte Ziel zu erreichen ist.

Ein weiteres Problem sind die steigenden Patientenzahlen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt Paul Svoboda Ablehnung der drei Anträge.

**Ruedi Brassel** meint, die Gesundheitsprävention sei eine gute Sache. Der Rat könne beweisen, dass er es ernst meine, indem er dem nächsten Antrag, der Beratungsstelle für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen zustimmt.

Er hofft, dass sich die Spitäler nicht an den Rationalisierungsforderungen der Bürgerlichen orientieren sondern dass sie das Material, das sie benötigen, auch anschaffen. Er findet es beschämend, im Parlament über Budgetpostulate dieser Art diskutieren zu müssen.

**Urs Kunz** stellt fest, die Medikamente, die 40% des gesamten Verbrauchsmaterials ausmachen, können von den Patienten nicht in die öffentlichen Spitäler mitgenommen werden. Fände hier ein Umdenken statt, könnten durchaus noch Einsparungen erzielt werden.

**Eugen Tanner** erinnert an den von Juliana Nufer erwähnten exorbitanten Kostenanstieg und bittet, vor dieser Entwicklung nicht die Augen zu schliessen. Hinter dem Budgetantrag steht nicht zuletzt der Appell, auch mit dem medizinischen Verbrauchsmaterial haushälterisch umzugehen.

Im Uebrigen könne "Schreiner Straumann" seinen Schrank trotzdem bauen, denn ihm stehen dafür immerhin noch 37 Mio. Franken zur Verfügung.

**Hannes Schweizer** hofft, dass künftig vor dem Einreichen von Budgetpostulaten vermehrt deren Konsequenzen abgeklärt wird, wie dies Paul Svoboda getan hat.

://: Die Budgetanträge 2004/231-22, 23 und 24 werden mit 38:36 Stimmen angenommen.

**Budgetanträge 2004/231-25 - 27 betr. Sanitätswesen, Beiträge an gemeinnützige und wohltätige Institutionen (2201.365.50)**

Der Regierungsrat lehnt die Budgetanträge ab. Die Finanzkommission stimmt den drei Budgetanträgen zu.

**RR Sabine Pegoraro** erklärt, bei Take Off handelt es sich um ein Projekt für Jugendliche mit einem erhöhten Risiko-profil. Jugendliche ohne Tagesstruktur erhalten dort die erforderliche Unterstützung im schulischen, persönlichen oder im Arbeitsbereich.

Das Projekt wurde 1999 lanciert; es richtet sich an gefährdete Jugendliche.

Seit der Gründung der Institution konnten rund 100 Jugendliche und ihre Bezugspersonen von diesem Angebot profitieren.

Die Zuweisung erfolgt durch die Jugendanwaltschaft, den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst und andere kantonale Stellen.

Finanziert wurde das Projekt bisher durch die VSD.

Im März 2002 beschloss der Landrat die Weiterführung und Finanzierung des Take Off bis Ende 2004.

Der Regierungsrat beabsichtigt die Weiterführung des Projekts, allerdings ohne Erhöhung des Direktionssaldos, deshalb die Ablehnung des Postulats.

Das JPMD hat sich zur Uebernahme und Fortführung des Projekts bereit erklärt.

Die Mittel für die Finanzierung müssen allerdings innerhalb der Direktion durch Kompensation sicher gestellt werden, weshalb noch offen ist, ob das Projekt im bisherigen Umfang weitergeführt werden kann.

**Christine Mangold** weist darauf hin, dass das Präventionsprogramm sinnvoll und nötig ist, war es in der Debatte des Landrates für die Finanzierung bis Ende 2004 doch unbestritten.

Für die Weiterführung ab 1.1.2005 hätte dem Parlament rechtzeitig eine Vorlage unterbreitet werden müssen. Eine vage Aussage in der heutigen Budgetdebatte nützt da wenig.

Am 18.2.2004 stellt die Stiftung Jugendsozialwerk Blaues Kreuz Baselland Regierungsrat Straumann den Antrag auf Weiterführung des Projekts Take Off.

Neben einem eindrücklichen Leistungsausweis werden dem Antrag auch Empfehlungsschreiben der Jugendanwaltschaft und des KJPD beigelegt.

Was geschieht? Der Regierungsrat nimmt das Projekt nicht mehr ins Budget auf!

Aufgrund des enormen Spardrucks müsste vor Streichung eines Projekts geklärt werden, ob tatsächlich Einsparungen damit verbunden sind oder ob nicht durch eine Reduktion andernorts Zusatzkosten ausgelöst werden.

Alle die mit Jugendlichen zu tun haben wissen, dass es Jugendliche gibt, die dringend eine Tagesstruktur benötigen und dass solche Angebote nicht im Ueberfluss vorhanden sind.

Jeder Schüler und jede Schülerin, der oder die mit diesem Projekt wieder auf den rechten Weg gebracht werden kann, ist ein Glücksfall. Denn meist können dadurch den Betroffenen ein Heimeintritt, und dem Kanton Kosten, die weitaus höher sind, erspart werden.

Christine Mangold bittet den Rat, dem Budgetantrag zuzustimmen und damit die Finanzierung für Take Off um ein Jahr zu verlängern.

Die Aussage der Regierung erscheint ihr zu wenig verbindlich, um darauf ohne weiteres zu vertrauen.

Im Uebrigen erwartet sie von der Regierung, dass die Vorlage für die Weiterführung dem Landrat rechtzeitig unterbreitet wird, damit nicht wieder in der Budgetdebatte 2006 darüber diskutiert werden muss.

Die FDP-Fraktion steht hinter dem Budgetpostulat .

**Rita Bachmann** zeigt sich erfreut über die Tatsache, dass sich das JPMD bereit erklärt hat, inskünftig die Verantwortung für das Take Off zu übernehmen. Weniger erfreulich ist jedoch, dass die erforderlichen Mittel aus dem bestehenden Budget abgezweigt werden müssen.

Dass das Projekt notwendig ist, hat es in den vergangenen Jahren zur Genüge bewiesen (s. Vorlage 2001/294).

Die CVP/EVP-Fraktion beharrt auf ihrem Antrag, die Fr. 360'000.-- wieder ins Budget aufzunehmen. Für die Weiterführung des Projekts ist zudem dem Landrat eine Vorlage zu unterbreiten.

Für **Florence Brenzikofer** ist die Notwendigkeit des Projekts Take Off unbestritten. Im Uebrigen schliesst sie sich ihren beiden Vorrednerinnen an.

**Simone Abt-Gassmann** verweist bezüglich der Begründungen auf ihre Vorrednerinnen und hält fest, die SP-Fraktion unterstütze die Budgetanträge.

**Marc Joset** stellt fest, RR Sabine Pegoraro habe die im Kommissionsbericht erwähnten Zweifel bezüglich der Weiterführung des Take Off insofern bestätigt, als sie zum Ausdruck gebracht hat, sie könne keine Garantie abgeben, dass das Projekt im bisherigen Umfang weiter geführt werde.

Dies ist der Grund, weshalb die Finanzkommission die Anträge mehrheitlich unterstützt.

://: Die Budgetanträge 2004/231-25, 2004/231-26 und 2004/231-27 werden angenommen.

**Budgetantrag 2004/231-28 von Ruedi Brassel, SP-Fraktion betreffend Beratungsstelle für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen (Konto 2202.365.40-100)**

Die Regierung und die Finanzkommission lehnen den Budgetantrag ab.

**Ruedi Brassel** stellt fest, will man im Gesundheitswesen Kosten sparen, geschieht dies primär über die Prävention. Dafür muss man die Menschen erreichen, die in kritischen Situationen stecken. Genau hier liegt die Bedeutung der Beratungsstelle für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen. Werden die Mittel, die für die Aufgabenerfüllung benötigt werden nicht zur Verfügung gestellt, ist das am falschen Ort gespart. Ausserdem wird dafür andernorts mehr investiert.

Eine Auswertung der bisherigen Erfahrungen hat gezeigt, dass die Tätigkeit im Bereich Migration ausgeweitet werden muss. Dieser Beratungsbereich ist kompliziert und mit einem enormen Aufwand verbunden. Er hat deshalb im bestehenden Kontingent keinen Platz.

Die Regierung begründet ihre Ablehnung damit, dass auf die Beratung in Beziehungsfragen verzichtet werden kann. Dies hätte zur Folge, dass Menschen, die einer Beratungsstelle ihr Vertrauen geschenkt haben, bei Aenderung ihres Konfliktschwerpunkts von Pontius zu Pilatus geschickt werden müssten.

Dies kann nicht das Ziel einer effizienten Präventionsarbeit sein.

Ruedi Brassel bittet den Rat, seine fraktionellen Zwangsmechanismen für einmal zu überwinden und Vernunft walten zu lassen.

**RR Erich Straumann** hält die geleistete Arbeit grundsätzlich für sehr wertvoll.

Er erläutert, 16% der Beratungstätigkeit entfallen auf Schwangerschaftsfragen, 41% auf Beziehungsfragen und in 17% der Fälle geht es um finanzielle Probleme. Der letzte Bereich könnte von der Fachstelle für Schuldenberatung übernommen werden.

Auch das Besuchsrecht der Kinder könnte ausgegliedert werden.

Die Kernaufgaben der Amtsstelle können mit dem Leistungsauftrag abgedeckt werden, die restlichen Bereiche sind den Stellen zuzuordnen, die dafür zuständig sind.

Die Fr. 200'000.-- erscheinen der Regierung deshalb ausreichend.

**Juliana Nufers** sieht namens der FDP-Fraktion die Notwendigkeit der Beratungsstelle ein, folgt in der Argumentation jedoch dem Regierungsrat.

**Florence Brenzikofer** erklärt, die Fraktion der Grünen stimmen dem Antrag der SP zu.

Das Angebot der Beratungsstelle ist niederschwellig und für die Ratsuchenden kostenlos. Dank der guten Arbeit der Beratungsstelle kann andernorts Geld eingespart werden. Werden schwierige familiäre Situationen, die nicht selten auch einen finanziellen Hintergrund haben, rechtzeitig

erkannt und behoben, kann oftmals der Gang auf das Sozialamt oder zum Anwalt verhindert werden.

Da die Trägerverbände der Beratungsstelle vor allem aus kirchlichen Kreisen stammen, interessiert Florence Brenzikofer die Haltung der CVP/EVP.

Wird der Budgetantrag abgelehnt, wird die Beratungsstelle Leistungen abbauen müssen, was zu Mehrkosten bei anderen Stellen führt.

Um eine Kostenverlagerung zu vermeiden, ist eine Erhöhung der Beiträge ein probates Mittel.

**Elisabeth Augstburger** redet nicht nur als Fraktionssprecherin sondern auch als Vorstandsmitglied der Organisation "Frauen plus Baselland", die eine bedeutende Trägervereinigung der Beratungsstelle für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen ist.

Die Landrätin betont, die Beraterinnen der Beratungsstelle leisten ausgezeichnete Arbeit.

Gerade in der heutigen Zeit ist eine Beratungsstelle, die die Ratsuchenden unterstützt wichtig.

Dass trotz GAP der Beratungsstelle das Budget über Fr. 200'000.-- nicht gekürzt wurde, ist für die Organisation "Frauen plus" nicht für selbstverständlich.

Nun geht es darum, mit dem budgetierten Betrag auszukommen und sich nach der Decke zu strecken.

Im Uebrigen bieten im Kanton noch andere Anlaufstellen an. Aus diesen Gründen lehnt die CVP/EVP den Budgetantrag ab.

**Annemarie Marbet** ist über das Votum ihrer Vorrednerin irritiert. Die Abstimmung über die Fristenregelung liegt knapp zwei Jahre zurück. Hier gehe es eindeutig um einen Leistungsabbau. Das VSD spricht von einer Redimensionierung auf Konfliktschwangerschaften.

Damit ist die Beratung, die in den Abstimmungsvorlagen erwähnt wurde, nicht mehr in jedem Fall gewährleistet.

Höhnisch erscheint ihr die Aussage des VSD, das Angebot könne zwar aufrecht erhalten werden, die Beratungsstelle müsse allerdings selber sehen, wie sie das Geld beschaffe.

Annemarie Marbet bittet den Budgetantrag anzunehmen.

**Hanni Huggel** ist persönlich sehr froh, wenn sie junge Leute mit ihren Problemen an die richtigen Stellen verweisen kann. Auch sie ist von Elisabeth Augstburger enttäuscht und versteht nicht, wieso diese den Antrag nicht unterstützt.

**Rudolf Keller** betont, bei näherer Betrachtung der Klientel, die diese Beratungsstellen frequentiert, wird rasch klar, auch dies ist das Resultat einer verfehlten Einwanderungspolitik. Die finanziellen Folgen darf dann die öffentliche Hand ausbaden.

Dass die öffentliche Hand die Folgen derjenigen, die sich quer durch die Landschaft "bumsen" übernehmen soll, dazu könne er nicht Hand bieten.

**Elisabeth Augstburger** unterstreicht, es gehe hier weder um eine Kürzung noch um einen Leistungsabbau sondern

darum, das Budget nicht aufzustocken.  
Sie sei von der Beratungsstelle informiert worden, dass die Fr. 200'000.-- bisher immer genügten.

Denkt **Regula Meschberger** an das Leid der jungen Frauen und Männer, die die Beratungsstelle besuchen, ist das Votum Rudolf Kellers schlichtweg widerlich.

**Margrit Blatter** hat persönlich Erkundigungen eingezogen. Die vielen Problemfälle, die unbestrittenermassen existieren, führt sie auf mangelnde Führung und Disziplin zurück.

Auf Nachfrage habe man ihr mitgeteilt, dass bis November 2004 in Liestal und Münchenstein je 170 Fälle behandelt wurden. Bei zwei Dritteln dieser Fälle handelt es sich um Schweizer und Schweizerinnen, die teilweise mit einem ausländischen Partner verheiratet sind. Beim letzten Drittel handelt es sich um Ausländer und Ausländerinnen, die meisten mit B oder C Bewilligungen.

Da sie die Probleme an der Front kenne, unterstützt Margti Blatter den Antrag, dies, obwohl sich auch Ausländerinnen und Ausländer unter den Ratsuchenden befinden.

**Isaac Reber** meint an die Adresse Rudolf Kellers, es gebe auch schwangere Frauen, die nicht "bumsen" wollten. Mit einem Wort, Rudolf Kellers Votum sei zum "Kotzen" !

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** bittet den Rat, in Zukunft auf solche Ausdrücke zu verzichten.

://: Der Budgetantrag 2004/231-28 wird mit 44:35 abgelehnt.

**Budgetantrag 2004/231-29 von Esther Maag, Grüne Fraktion betreffend Beiträge an Produzenten, Dienststelle: BUD (Konto 365.80)**

Regierungsrat und Finanzkommission lehnen den Budgetantrag ab.

**Esther Maag** weiss, dass auf den ersten Blick die zusätzliche Million finanzpolitisch ziemlich quer in der Landschaft steht. Rein finanzpolitisches Denken ist in diesem Zusammenhang jedoch kurzfristig, denn nicht erneuerbare Energien wie Oel, Erdgas und Kohle sind endlich.

Weil dies so ist, muss bereits heute begonnen werden am richtigen Ort zu investieren.

Die Million, die es jetzt zu investieren gilt löst als Folge mehrere Millionen aus, denn sie schafft Anreize um Passivhäuser zu erstellen, in Minergieprojekte zu investieren, Solardächer einzurichten oder Wärmepumpen zu installieren. Damit entsteht eine Win-Win-Situation.

Im Uebrigen ist es ermutigend zu beobachten, was alles möglich ist, wenn am richtigen Ort investiert wird.

Esther Maag erklärt, mit der Investition von 1 Mio. Franken könne der Landrat Zeuge einer wunderbaren Vermehrung werden.

**RR Elisabeth Schneider** stellt fest, es handle sich zwar um ein gut gemeintes Budgetpostulat. Trotzdem empfehle die

Regierung die Ablehnung, da der Landrat an einer seiner letzten Sitzungen einem weiteren Verpflichtungskredit zugestimmt hat und zudem demnächst die Möglichkeit hat, einen Förderkredit zu genehmigen.

Um Staus bei den Auszahlungen zu verhindern, ist es für **Jacqueline Halder** wichtig, dass genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Dies ist der Grund weshalb die SP-Fraktion ausnahmsweise die Aufnahme von 1 Mio. Franken ins Budget unterstützt.

://: Der Budgetantrag 2004/231-29 wird abgelehnt.

*Für das Protokoll:*

*Ursula Amsler, Landeskanzlei*

\*

Nr. 945

**Frage der Dringlichkeit:**

**2004/329**

**Motion von Thomi Jourdan vom 9. Dezember 2004: Sicherung der Tramübergänge - Jetzt braucht es konkrete Schritte!**

://: Der Landrat gewährt die Dringlichkeit.

**Daniela Schneeberger** wünscht allseits guten Appetit und beschliesst die Sitzung um 12.10 Uhr.

*Für das Protokoll:*

*Ursula Amsler, Landeskanzlei*

Nr. 946

### Überweisungen des Büros

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** gibt Kenntnis von folgenden Überweisungen:

2004/306

Bericht des Kantonsgerichts vom 16. November 2004: Wahl einer ausserordentlichen Richterin bzw. eines ausserordentlichen Richters für das Verfahrensgericht in Strafsachen i.S. Anzeige gegen mehrere Regierungsräte bzw. alt Regierungsräte betr. Amtsmissbrauch; **direkte Beratung**

2004/307

Bericht des Regierungsrates vom 7. Dezember 2004: Änderung des Steuergesetzes vom 7. Februar 1974; Umsetzung des Fusionsgesetzes; **an die Finanzkommission**

*Für das Protokoll:*

*Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 947

### 23 2004/308

#### **Dringliche Interpellation von Ruedi Brassel vom 8. Dezember 2004: Im Extragug in die Sippenhaft? Antwort des Regierungsrates**

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung: Die Polizei Basel-Landschaft war nicht in die Aktion der Zürcher Polizei involviert, weder vor, während noch nach dem Einsatz. Zudem liegen ihr keine Informationen und Kenntnisse über die effektiven Geschehnisse in Zürich vor. Sabine Pegoraro kann die meisten Fragen von Ruedi Brassel nicht beantworten, da ihr dazu schlicht die Informationen fehlen. Für eine genauere Beantwortung der Fragen müssten diese in Zürich oder Basel eingereicht werden.

Sabine Pegoraro selbst erhielt in dieser Sache einige Telefonanrufe und E-Mails, insbesondere von Eltern, deren Kinder betroffen waren. Diese Schilderungen und auch diejenige von Ruedi Brassel speziell zum Umgang mit jungen Jugendlichen lösten bei ihr Betroffenheit aus. Sollten die Schilderungen zutreffen, müsse die Verhältnismässigkeit des Vorgehens der Zürcher Polizei sicher hinterfragt werden. In Basel-Landschaft wäre ein ähnliches Vorgehen der Polizei nicht toleriert worden.

Sabine Pegoraro empfahl denjenigen Personen, welche sich bei ihr meldeten, Anzeige zu erstatten. Diejenigen Anzeigen, welche bisher bei der Polizei Basel-Landschaft eingingen, werden nach Zürich weitergeleitet, wo sich die Justizbehörden damit befassen werden.

*Fragen 1 bis 5* der Interpellation von Ruedi Brassel kann Sabine Pegoraro nicht beantworten, da ihr diesbezüglich keine detaillierten Informationen vorliegen.

*Zu Frage 6:* Hier ist die Verhältnismässigkeit, wie bereits erwähnt, tatsächlich zu hinterfragen.

*Zu Fragen 7 bis 10:* Selbstverständlich gilt die schweizerische Datenschutzgesetzgebung, also müssen die in Zürich erhobenen Daten entsprechend behandelt werden. Sie dürfen nur in Fällen weitergegeben werden, in welchen dazu eine gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Allgemeine Fragen betreffend Datenschutz können jederzeit an den kantonalen Datenschutzbeauftragten gerichtet werden, konkrete Fragen betreffend den Umgang mit den Daten in Zürich müssten an die Zürcher Behörden gerichtet werden.

Generell gilt: Soll gegen eine Person ein Stadionverbot verhängt werden, so kann eine Kantonspolizei beim zuständigen Fussballclub den entsprechenden Antrag stellen. Damit ein solches Verbot gesamtschweizerische Wirkung erlangt, kann der Fussballclub den Antrag an den Schweizerischen Fussballverband weiterleiten, welcher ein gesamtschweizerisches Stadionverbot ausspricht. Theoretisch bestehe die Möglichkeit, dass gegen einzelne Personen aufgrund der Vorkommnisse in Zürich ein gesamtschweizerisches Stadionverbot verhängt würde. In einem solchen Fall würden die entsprechenden Daten den zuständigen Polizeistellen bekanntgemacht.

Beim Aufbau einer Hooligan-Datenbank im Hinblick auf die EM 2008 handelt es sich um ein beim Bund hängiges Geschäft. Dieser müsste die rechtlichen Grundlagen für eine derartige Datenbank schaffen. Ob und in welcher Form eine solche Datenbank eingeführt wird, steht noch nicht fest.

Bei Fussballmatches im Joggeli ist die Polizei Basel-Landschaft für die Verkehrsregelung auf Baselbieter Boden zuständig. Für Sicherheitsmassnahmen rund um das Stadion sind die Baselstädter Kollegen zuständig. Bei Matches mit erhöhtem Gefahrenpotential wird die Polizei Basel-Landschaft jeweils um Unterstützung angegangen, was letztmals bei Match FCB–Mailand der Fall war.

*://:* Der von Ruedi Brassel verlangten Diskussion wird stattgegeben.

**Ruedi Brassel** bedankt sich für die Beantwortung seiner Fragen. Er versteht, dass in der kurzen Zeit seit Einreichung seiner Interpellation nicht jede Frage ausführlich beantwortet werden konnte, trotzdem zeigt er sich von den Antworten des Regierungsrates nicht restlos befriedigt.

Dem Vorfall in Zürich komme eine ausserordentliche Qualität zu und es sei daher ein Stück weit verständlich, dass die Regierung selbst nicht glauben könne, was man nun höre. Ruedi Brassel betont noch einmal, dass Kinder mit auf dem Rücken gefesselten Händen während vier bis fünf Stunden vor der Zürcher Polizeikaserne stehen mussten und keine Toilette aufsuchen konnten. In voraus-



sehender Barmherzigkeit erhielten die Festgehaltenen wenigstens nichts zu Trinken, da sie sonst erst recht eine Toilette hätten aufsuchen müssen. Diese Einsatzdoktrin entsprach laut Ruedi Brassel auch angesichts denjenigen Vorkommnissen, welche tatsächlich hätten eintreten können, nicht der Verhältnismässigkeit.

Gewaltexzesse seien nicht tolerierbar und dagegen müsse eingeschritten werden. Noch weniger tolerierbar jedoch seien Strategien, welche dazu führen, dass das Aggressionspotential wächst und die Eskalation zunimmt. Ruedi Brassel reichte seine Interpellation als dringlich ein, weil es ihm wichtig ist, dass seitens Behörden Signale an die Betroffenen gesandt werden, wonach man Strategien wie in Zürich nicht unterstütze und auf Deeskalation setze. Den konstruktiven Kräften in der FCB-Fangemeinde, welche über ein grosses kreatives Potential verfügen, soll der Rücken gestärkt werden und es soll versucht werden, die gewaltbereiten Kräfte zu isolieren bzw. zu integrieren.

Der FC Basel hat laut Ruedi Brassel in dieser Sache sehr gut reagiert und auch Regierungsrat Jörg Schild hat Signale, wie sie Ruedi Brassel oben schilderte, ausgesandt. Er möchte die Antwort von Sabine Pegoraro gerne so interpretieren, dass die konstruktiven Bemühungen in der Fanszene unterstützt werden und eine weitere Radikalisierung abgelehnt wird. Daher müssen diejenigen Personen unterstützt werden, zu ihrem Recht zu gelangen, welche in unverhältnismässiger Art und Weise vom Einsatz der Zürcher Polizei betroffen waren.

**Isaac Reber** geht davon aus, dass der Einsatz der Polizei, welcher in Zürich statt fand, in gewisser Hinsicht unverhältnismässig war und dass entsprechende Abklärungen stattfinden werden. Er empfindet es aber als stossend, dass die Verantwortlichen (inklusive FCB) ausschliesslich ein grosses Wehklagen anstimmen, ohne die eigene Verantwortung kritisch zu hinterfragen. Was angebliche Fans in Thun und Zürich sowie in Zügen anrichteten, bezeichnet er als riesige Schweinerei. Eine Gesellschaft dürfe sich ein solches Verhalten nicht bieten lassen, auch wenn die Zürcher Antwort nicht richtig war.

**Hanspeter Frey** stellt fest, wir alle würden die SBB mit Steuergeldern mitfinanzieren und die SBB habe einen klaren Transportauftrag zu erfüllen. Wie könne es sich die SBB da erlauben, 300 Passagiere auf einen Extrazug umzuladen, auch wenn diese teilweise mit den fahrplanmässigen Zügen nach Zürich reisen wollten. Besteht seitens der SBB nicht auch eine Verpflichtung, ihrem Transportauftrag nachzukommen und nicht alle Fans in Extrazüge zu stecken, ob sie dies nun wollen oder nicht? Ausserdem fände es Hanspeter Frey sinnvoll, wenn die Polizeiorgane am Ausgangsort bereits gewisse Personen aus den Zügen herausfiltern würden.

**Sabine Pegoraro** liegen keine Informationen betreffend Regelung mit der SBB vor. Soweit sie weiss, fahren Basler Polizisten nicht mit zu anderen Austragungsorten.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet.

*Für das Protokoll:*

*Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 948

**24 2004/309**

**Dringliche Interpellation von Hanspeter Frey vom 8. Dezember 2004: "Chienbergtunnel" Verzögerungen? Antwort des Regierungsrates**

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider-Kenel** beantwortet die Fragen wie folgt:

*Zu Frage 1:* Der Regierungsrat versucht, die Voraussetzungen so zu schaffen, dass die Frage nach einer Aufhebung der aufschiebenden Wirkung möglichst schnell geklärt werden kann.

*Zu Frage 2:* Nein. Bei den Hebungen handelt es sich um einen langsamen Prozess und das Problem liege darin, dass bei einer Verzögerung die Sicherheit der Beschäftigten im Tunnel gefährdet sein könnte. Vor allem aber werden durch ein Zuwarten neue Schäden im oberen Teil des Tunnelgewölbes riskiert, was wiederum zu umfangreicheren Sanierungsmassnahmen führen würde.

*Zu Frage 3:* Erste Massnahmen zur Gewährung der Arbeitssicherheit sind bekannt und von der BUD bereits eingeleitet. Im Übrigen werden die gefährdeten Strecken täglich beobachtet, damit rechtzeitig weitere Massnahmen ergriffen werden können.

*Zu Frage 4:* Die BUD ist bestrebt, mit den Arbeiten so rasch als möglich fortzufahren. Wenn nicht bereits gewisse Massnahmen ergriffen worden wären, wäre die Gebrauchstauglichkeit bereits heute nicht mehr gewährleistet.

*Zu Frage 5:* Ohne weitere Verzögerung der Arbeiten werden sich die Mehrkosten im bekannten Rahmen bewegen. Über Mehrkosten infolge eines Baustillstands möchte sich Elsbeth Schneider-Kenel zum heutigen Zeitpunkt lieber gar nicht erst Gedanken machen.

*Zu Frage 6:* Bei grösseren Verzögerung ist eine Inbetriebnahme des Tunnels bis 2006 leider nicht realisierbar.

*Zu Frage 7:* Mit einer Beschwerde und dem Antrag auf aufschiebende Wirkung muss die BUD leider immer rechnen. Auch bei der hier diskutierten Vergabe wurde einmal mehr mit allergrösster Sorgfalt vorgegangen.

**Hanspeter Frey** dankt Elsbeth Schneider-Kenel für ihre Auskünfte zu einem noch laufenden Verfahren. Er werde

sich erlauben, zu gegebener Zeit weitere Fragen zu stellen.

://: Damit ist die Interpellation beantwortet.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

\*

Nr. 949

## 8 2004/231

### Berichte des Regierungsrates vom 14. September 2004 und der Finanzkommission vom 25. November 2004: Vorschlag 2005

Nr. 950

## 9 2004/231/01–51

### Berichte des Regierungsrates vom 9. November 2004 und der Finanzkommission vom 25. November 2004: Parlamentarische Anträge zum Budget 2005

(Fortsetzung der Debatte)

**Budgetantrag 2004/231-30 betreffend Umfahrung Laufen/Zwingen, Dienststelle: BUD (Konto 2312.501.10.013)**

Laut **Daniela Schneeberger** lehnen Regierungsrat und Finanzkommission das Budgetpostulat ab.

**Rolf Richterich** stellt fest, die Regierung stehe bei diversen grossen, kantonalen Projekten im Strassen- und Schienenbau im Gegenwind (Chienbergtunnel, Rheinstrasse, Wisenberg, Südumfahrung). Bei der Planung der Umfahrung Laufen/Zwingen hingegen verspüre die Regierung nur Rückenwind. Die Umfahrung ist vertraglich verankert und es ist klar festgehalten, dieses Projekt sei prioritär zu behandeln. Der entsprechende Planungskredit wurde im Jahr 2001 per Volksabstimmung verabschiedet und die Regierung werde durch die betroffenen Gemeinden unterstützt, was durch die Unterschriften auf dem Brief der Promotion Laufental zum Ausdruck komme, welcher allen Landratsmitgliedern vorliegt.

Bei der Planung der Umfahrung Laufen/Zwingen stehe derzeit die Erstellung des generellen Projekts an. Das generelle Projekt sei für die Aufnahme in den kantonalen Richtplan und die Sicherung des Trassees der H18 notwendig. Für die Region Laufental sei diese Sicherung von entscheidender Bedeutung, denn nur so können die Ortsplanungen auf die übergeordnete Planung abgestimmt werden. Zudem entspricht ein solches Vorgehen den Bestrebungen des Kantons und des koordinierten Raumentwicklungsplanes KORE. Letzterer stuft Laufen als kantonales Zentrumsgebiet für Siedlung und Arbeit ein. Ein Planungsstopp würde die Ansiedlung von Unternehmen und somit die wirtschaftliche Entwicklung im Laufental entscheidend erschweren.

Völlig unverständlich wird der Planungsstopp laut Rolf Richterich im Hinblick auf die hängige Forderung der Regierung beim Bund, die H18 Basel–Delsberg ins Grundnetz der Nationalstrassen aufzunehmen. Im Frühjahr 2005 wird zu diesem Thema der nächste Entwurf des Sachplans Strassen erwartet. Es liege auf der Hand, dass ein Planungsstopp somit leicht zu einem Eigentor führen könne.

Die FDP-Fraktion versteht das Anliegen der Regierung sehr wohl, in Zeiten von Finanzknappheit Prioritäten zu setzen. Trotzdem dürfe nicht gleich ein Planungsstopp beschlossen werden. Mit der beantragten Reduktion des Planungskredits von ursprünglich Fr. 500'000.– auf Fr. 300'000.– für das Jahr 2005 könne dieser Priorisierung und den vorher erwähnten Anliegen durchaus genügend Rechnung getragen werden. Rolf Richterich lädt daher alle ein, den reduzierten Planungskredit von Fr. 300'000.– im Budget 2005 aufzunehmen und damit die Stop-and-Go-Bauplanungstaktik der Regierung nicht zu unterstützen.

Kommissionspräsident **Marc Joset** informiert, die Finanzkommission schliesse sich der Argumentation der Regierung an und beantrage, den Antrag 2004/231-30 abzulehnen. Die Finanzkommission habe sich durch die Baudirektorin eingehend über das Investitionsprogramm und die Prioritäten informieren lassen und wolle bezüglich der Umfahrung Laufen/Zwingen keine Ausnahme machen.

**Elsbeth Schneider-Kenel** betont, es bestünden im Kanton verschiedene Begehren, gewisse Planungen weiterzuführen. Es müssen jedoch Prioritäten gesetzt werden und aus Solidarität zu den anderen Projekten soll auf die weitere Planung der Umfahrung Laufen/Zwingen verzichtet werden. Sie bittet den Landrat daher, das vorliegende Postulat abzulehnen.

**Georges Thüring** stellt fest, sein Kollege Rolf Richterich habe den aktuellen Budgetantrag inhaltlich gut erklärt und damit auch die Meinung der SVP-Fraktion kundgetan. Vor zwei Wochen habe Elsbeth Schneider-Kenel anlässlich der Debatte zum Chienbergtunnel erklärt, weshalb die grossen Mehrkosten angefallen seien. Unter anderem trug die (Nicht-)Planung eine große Schuld daran, denn man stelle die nötigen Landparzellen für die Umfahrungsstrasse nicht zum richtigen Zeitpunkt bereit. In Anbetracht dieser Tatsache sollte heute nicht noch einmal der gleiche Fehler begangen werden, um unnötige Folgekosten einer mangelhaften Planung zu vermeiden. Die SVP-Fraktion unterstützt daher den Planungskredit für die Umfahrungsstrasse Laufen/Zwingen, hofft jedoch, die Planung werde etwas billiger ausfallen als die vorgesehenen 300'000 Franken.

**Annemarie Marbet** informiert, die SP-Fraktion lehne den Antrag aus den bereits genannten Gründen ab. Zum heutigen Zeitpunkt sei es sehr fraglich, ob, wann und wie die Umfahrungsstrasse überhaupt gebaut werde, da im ganzen Kanton sehr viele Investitionen anstehen.

Somit bestünde die Gefahr, dass die Umfahrung Lau-

fen/Zwingen zur Planungsleiche würde, ähnlich wie bei der Zollfreistrasse in Basel. Zudem sei fraglich, ob die Umfahrung das Dorf Zwingen überhaupt entlasten würde.

**Hans Jermann** berichtet, die CVP/EVP-Fraktion stimme dem Budgetpostulat mit grosser Mehrheit zu, und zwar aus folgenden sechs Gründen:

1. Der Planungskredit wurde vom Landrat und vom Volk in einer Abstimmung genehmigt. Das generelle Projekt sieht die Aufnahme in die Richtplanung vor und ohne das generelle Projekt könne im Laufental nicht weitergeplant werden.
2. Laufen und Zwingen müssen die Linienführung der künftigen H18 kennen.
3. Es darf betreffend Umfahrungsstrasse Laufen/Zwingen nicht zu einem zweiten Sissach kommen.
4. In Laufen wartet die Firma Ricola (grosser Arbeitgeber) auf die Linienführung der H18, denn die Fabrik soll dort erstellt werden, wo wahrscheinlich die Bestvariante für die Strasse verlaufen wird. Sollte Ricola die Fabrik dort nicht planen können und die bilateralen Verträge II abgelehnt werden, besteht die Gefahr, dass die Firma und damit der grösste Arbeitgeber in Laufen wegziehen wird (nach Frankreich).
5. Planungssicherheit
6. Standortattraktivität. Dieses Wort könne aus dem Vokabular der Regierung und des Landrates gestrichen werden, wenn im wichtigsten zukünftigen Gewerbegebiet von Laufen keine Klarheit über den künftigen Verlauf der Strasse herrscht.

Hans Jermann bittet seine Kolleginnen und Kollegen, dem Budgetantrag zuzustimmen.

**Isaac Reber** ist der Ansicht, dieses Postulat dürfe gar nicht traktandiert sein und er frage sich ernsthaft, ob es sich dabei um einen Systemfehler im bürgerlichen Sparprogramm handle. Die Grünen appellieren trotz allem unverdrossen an die bürgerlichen Sparapostel, das Postulat konsequent abzulehnen.

://: Der Budgetantrag 2003/231-30 der FDP-Fraktion wird mit 40:39 Stimmen angenommen.

**Ruedi Brassel** verlangt eine Nachzählung der Stimmen.

://: Die Nachzählung ergibt folgendes Resultat: Der Antrag 2004/231-30 wird mit 41:39 Stimmen abgelehnt.

**Antrag 2004/231-31 von Annemarie Marbet, SP-Fraktion, betreffend Anlässe/Öffentliche Veranstaltungen, Dienststelle: Generalsekretariat JPMD (Konto 317.30)**

Das Postulat wird vom Regierungsrat abgelehnt, von der

Finanzkommission jedoch unterstützt.

**Sabine Pegoraro** informiert, mit der im nächsten Jahr vorgesehenen Bevölkerungsumfrage sollen die Sicherheitsdienstleistungen der gesamten Justiz-, Polizei- und Militärdirektion kritisch hinterfragt und gleichzeitig die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung aufgenommen werden. Es wird ein differenziertes Ergebnis erwartet, welches über die polizeiliche Arbeit hinausgeht. Die Resultate der Bevölkerungsumfrage werden als Grundlage für die weitere Verbesserung der Dienstleistungen der JPMD dienen. Diese Umfrage sei im Jahresprogramm vorgesehen und man wolle sie auch umsetzen.

Im Weiteren sind zu aktuellen Themen Orientierungsveranstaltungen für die Bevölkerung vorgesehen. Als Beispiel nennt Sabine Pegoraro die Cannabis-Tagung, welche von ihrer Direktion im September dieses Jahres durchgeführt wurde und auf grosses Interesse stiess. Im nächsten Jahr seien weitere Informationsanlässe geplant, zum Beispiel zu den Themen Jugendgewalt und Gewaltprävention.

Mit den beantragten Streichungen wären die oben genannten Aktivitäten nicht oder nur eingeschränkt möglich, weshalb Sabine Pegoraro den Landrat darum bittet, den Antrag 2004/231-31 abzulehnen.

**Annemarie Marbet** bemerkt einleitend, ihr Votum in der Finanzkommission sei falsch protokolliert worden, denn sie wolle die geplante Umfrage zur Sicherheit *nicht* (und nicht, wie protokolliert: "nicht gefährden"). Für die genannte Umfrage wurde ein Betrag von Fr. 50'000 budgetiert. Erst vor rund zwei Wochen präsentierte das Forschungsunternehmen KONSOL AG eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, welche unter anderem die Empfindungen der Bevölkerung bezüglich Sicherheit, Wahrnehmung und Erwartungen an die Sicherheit untersucht. Eine erneute Umfrage zu diesem Thema im Jahr 2005 brauche es folglich nicht und Annemarie Marbet beantragt daher, diese Umfrage und damit Fr. 50'000 aus dem Budget zu streichen. Die übrigen Veranstaltungen der JPMD sollen jedoch nicht gefährdet werden, weshalb Antrag 2004/231-31 wie folgt geändert werden soll:

*Kürzung um Fr. 50'000 auf Fr. 65'000 (Stand Rechnung 2003).*

**Marc Joset** bestätigt, dass die Kommission sich der Meinung von Annemarie Marbet anschliesse und die Umfrage zur Sicherheit nicht durchführen wolle. Sie unterstützt daher den abgeänderten Budgetantrag.

**Ursula Jäggi-Baumann** gibt bekannt, die SP-Fraktion werde Annemarie Marbets Antrag unterstützen, da angesichts der soeben veröffentlichten Umfrage auf eine neuerliche Befragung im Jahr 2005 verzichtet werden könne.

**Kaspar Birkhäuser** unterstützt Annemarie Marbets Antrag seitens der Grünen, denn es handle sich nur um eine Reduktion um 50'000 Franken, so dass für die geplanten Veranstaltungen genügend Mittel zur Verfügung stehen

werden.

://: Der modifizierte Budgetantrag 2004/231-31 wird angenommen. Die Position 317.30 wird damit **um Fr. 50'000 gekürzt**.

**Anträge 2004/231-32 bis 34 der SVP-, FDP- und CVP/EVP-Fraktion betreffend Maschinen, Apparate, Instrumente, Dienststelle: 2420 Polizei Basellandschaft (Konto 311.50)**

Der Regierungsrat lehnt die drei identischen Anträge ab, die Finanzkommission stimmt ihnen zu.

**Sabine Pegoraro** erinnert den Landrat daran, dass dieser verschiedene Vorstösse für mehr Verkehrssicherheit im Belchentunnel überwiesen habe. Der Regierungsrat wolle diese Vorstösse umsetzen. Es gehe dabei um ein Überholverbot für Lastwagen und gleichzeitig soll für die übrigen Verkehrsteilnehmer die Höchstgeschwindigkeit im Belchentunnel – um die Lastwagen überholen zu können – von 80 auf 100 km/h erhöht werden. Die Lastwagen seien geschwindigkeitsmässig bei ca. 90 km/h plombiert. Für den Erlass dieser beiden Massnahmen sei der Bund zuständig, wobei der Kanton beim Bund um die Bewilligung der Massnahmen nachgesucht habe.

Neben den Massnahmen Tempo 100 und Überholverbot für Lastwagen ist als dritte Massnahme die Einführung der Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle (AGK) vorgesehen, damit die Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit durchgesetzt und die Sicherheit gewahrt werden kann. Das Merkmal der AGK besteht darin, dass die Geschwindigkeit nicht wie bei herkömmlichen Radargeräten nur an einem Standort gemessen wird, sondern auf einer längeren Strecke um festzustellen, ob die Durchschnittsgeschwindigkeit eingehalten wurde. Für die Einführung dieses Projekts sei der Kanton zuständig. Der Bund habe seine Unterstützung für das Pilotprojekt zugesagt und werde sich im Rahmen von 10 % an den Anschaffungskosten beteiligen. Ebenfalls zugesagt habe bereits der Kanton Solothurn, da bekanntlich ein Teil des Belchentunnels auf Solothurner Kantonsgebiet liege.

Sobald der Bund die ersten beiden der genannten Massnahmen bewilligt hat, soll dem Landrat eine Vorlage zur Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle vorgelegt werden. Das Finanzhaushaltsgesetz schreibt vor, dass eine für das nächste Jahr geplante Ausgabe budgetiert werden muss. Sabine Pegoraro bittet den Landrat daher, diesen Posten nicht einfach zu streichen oder ansonsten den entsprechenden Kredit im Zusammenhang mit einer Vorlage AGK zu bewilligen.

**Eugen Tanner** bezeichnet es als korrekt, Vorlagen, welche ans Parlament gelangen werden, im Budget zu berücksichtigen, wobei es sich in denjenigen Fällen um eine Muss-Vorschrift handle, in welchen dem Landrat eine Vorlage bereits vorliege. Letzteres sei hier nicht der Fall, weshalb die CVP/EVP vorerst die Vorlage abwarten wolle, welche sämtliche Konsequenzen aufzeigen muss (kantonsübergreifendes Geschäft, Folgen für die Gerichte,

etc.). Erst nach Annahme der Vorlage durch das Parlament sollen auch die entsprechenden Kosten budgetiert werden. Eugen Tanner bittet den Landrat, die beantragte Kürzung um Fr. 800'000.– zu akzeptieren.

**Marc Joset** bezeichnet Eugen Tanners Auslegung des Finanzhaushaltsgesetzes als neue Interpretation, da die Praxis in unserem Kanton bisher anders aussah. Wie dem auch sei, es werde sich faktisch weder mit der Annahme noch mit der Ablehnung des Budgetantrags etwas ändern, denn die Vorlage werde auf jeden Fall abgewartet und die Aufnahme eines Betrages im Budget stelle diesbezüglich kein Präjudiz dar. Eine Mehrheit der Finanzkommission wolle jedoch ein Signal setzen und den Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen jetzt noch nicht zustimmen.

**Paul Svoboda** erklärt, auch die SP-Fraktion stimme den Anträgen zu, allerdings sei sie der Meinung, es sei in diesem Bereich durchaus Sparpotential vorhanden. Die Zustimmung der SP zu den Anträgen bedeute nicht, dass sie sich gegen die AGK ausspreche, welche zu einem späteren Zeitpunkt im Landrat noch behandelt werde.

**Kaspar Birkhäuser** informiert, die Grünen erachteten die Begründung der Regierung für eine Ablehnung der vorliegenden Anträge als überzeugend und richtig. Es wäre falsch, die Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen im Belchentunnel nicht einzuführen und es sei zynisch, diese Art der Geschwindigkeitsüberwachung mit einer finanziellen Begründung zu sabotieren, denn diese Kontrollen führen erwiesenermassen zu einer erhöhten Verkehrssicherheit. Zudem werde die AGK von allen, welche diese bereits praktisch erfahren haben, als gerecht und fair beurteilt. Die Einrichtung dieses Systems zum jetzigen Zeitpunkt sei für unseren Kanton finanziell interessant, da sich der Bund daran beteiligt. Kaspar Birkhäuser bittet den Landrat im Namen der Grünen, die vorliegenden Anträge abzulehnen.

://: Der Landrat stimmt den Budgetanträgen 2004/231-32 bis 34 zu und kürzt damit den budgetierten Betrag um Fr. 800'000.

**Budgetantrag 2004/231-35 von Annemarie Marbet, SP-Fraktion, betreffend Fahrzeuge, Dienststelle: 2420 Polizei Basel-Landschaft (Konto 311.70)**

://: Der Antrag wurde zurückgezogen.

**Budgetanträge 2004/231-36 bis 38 der SVP-Fraktion, der FDP-Fraktion und der CVP/EVP-Fraktion betreffend Bussen, Dienststelle: 2420 Polizei Basel-Landschaft (Konto 437.00)**

Der Regierungsrat lehnt die Anträge ab, die Finanzkommission stimmt einem modifizierten Antrag zu.

**Sabine Pegoraro** erklärt, nachdem der Landrat die Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen (Budgetanträge 2004/231-32 bis 34) gestrichen habe, fielen auch die budgetierten Mehreinnahmen von 2 Mio. Franken bei den Bussen weg. Dies bedeutet, dass die Regierung sich dem

Antrag der Finanzkommission anschliessen kann, welcher eine Reduktion der Bussen um 2 Mio. Franken vorsieht. Somit wären noch 22,8 Mio. Franken Busseneinnahmen budgetiert.

Beim Baselbieter Geschwindigkeitskontroll-Konzept handle es sich um eine Erfolgsstory, welche hoffentlich ihre Fortsetzung finden kann. Seit 1998, als die automatischen Geschwindigkeitskontrollen eingeführt wurden, reduzierte sich die Zahl der geschwindigkeitsbedingten Verkehrsunfälle um mehr als einen Drittel. Das Motto: "Jeder Verkehrstote und jeder Verletzte ist einer zu viel", bleibe für die Regierung bestehen. Rudolf Kellers gestriges Votum habe wahrscheinlich alle Anwesenden berührt, weshalb dem Landrat jede Massnahme Recht sein sollte, mit welcher Unfälle weiter gesenkt werden können. Verkehrskontrollen stellen noch immer das effektivste Mittel zur Reduktion von Verkehrsunfällen dar. Je dichter diese Kontrollen stattfinden und je höher damit das Risiko wird, erwischt zu werden, desto nachhaltiger ist die Wirkung der Kontrollen.

Eine Plafonierung der Bussen bei 20 Mio. Franken bedeute, dass im Jahr 2005 weniger Verkehrskontrollen durchgeführt werden sollen. Sabine Pegoraro ruft daher den Landrat auf, sich genau zu überlegen, was für ein Zeichen damit gesetzt würde, speziell an die Adresse von Schnellfahrern. Zudem bittet Sabine Pegoraro den Landrat festzulegen, was bei Erreichung des Budgets von 20 Mio. Franken geschehen soll. Auf keinen Fall würden die automatischen Geschwindigkeitsmessanlagen dann abgestellt, denn dies habe man noch nie getan und werde es auch in Zukunft nicht tun. Ein solches Vorgehen wäre kontraproduktiv und würde die Rechtsgleichheit verletzen.

Sabine Pegoraro bittet den Landrat abschliessend, dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen und die Budgetanträge 2004/231-36 bis 38 abzulehnen.

**Juliana Nufer** informiert, der Antrag der Finanzkommission, das Bussenbudget um 2 Mio. Franken zu kürzen, sei von der FDP-Fraktion eingereicht worden. Bei der Sicherheit handle es sich klar um einen Staatsauftrag, welcher durch Steuergelder und nicht durch Bussengelder finanziert werden soll.

**Eugen Tanner** bemerkt, die vorliegenden Anträge würden möglicherweise nicht diskutiert, wenn die Busseneinnahmen nicht auf der Ertragsseite der Polizei gutgeschrieben würden, sondern – wie die Motorfahrzeugsteuer – dem Gesamthaushalt zugute kämen.

Im Zeitraum von 1998 bis 2003 haben sich die Busseneinnahmen um das Viereinhalbfache erhöht, und zwar von 3,5 auf 15,6 Mio. Franken. Im gleichen Zeitraum gingen die Verkehrsunfälle insgesamt um 17 % zurück, diejenigen auf den Autobahnen um 11 %. Die Hauptursache für diesen Rückgang liege tatsächlich in der besseren Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit. Werden jedoch sämtliche Unfallursachen berücksichtigt, so machen Unfälle wegen überhöhter Geschwindigkeit nur 22,5 % aus. Es werde immer wieder betont, die Verkehrskontrollen sollten die

VerkehrsteilnehmerInnen dazu erziehen, die geltenden Vorschriften einzuhalten, und zwar nicht nur bezüglich der Geschwindigkeit.

Eugen Tanner macht auf die Folgewirkungen der vermehrten Kontrollen aufmerksam. So hätte der Landrat im vergangenen Sommer zusätzliches Personal bewilligen sollen, da immer mehr Fälle aus diesen Kontrollen die Gerichte belasten. Gerade wegen den Bussenfällen wurden die Gerichte in den letzten Jahren bereits massiv aufgestockt. Beispielsweise fordere das Statthalteramt Waldenburg im Zusammenhang mit den geplanten Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen bereits heute vier Stellen mehr. Laut Aussagen des Kantonsgerichtspräsidenten vom Juni 2004 liegen auf dem Statthalteramt Liestal rund 10'000 unerledigte Strafbefehlsanträge im Zusammenhang mit Geschwindigkeitskontrollen. Gleichzeitig verwies der Gerichtspräsident auf die gesunkene Zahlungsmoral, so komme beispielsweise nur noch rund ein Drittel der Ausländerinnen und Ausländer ihrer Zahlungspflicht nach. Es werden rund 5,7 Mio. Franken an Debitoren abgeschrieben werden müssen.

Eugen Tanner empfindet die Aussage im Kommissionsbericht als sachlich völlig unhaltbar, mit einer Kürzung des Bussenbudgets würde öffentlich deklariert, dass nicht mehr überprüft werden soll, ob sich die VerkehrsteilnehmerInnen an das Strassenverkehrsgesetz halten, was ethisch nicht vertretbar wäre.

Kommissionspräsident **Marc Joset** informiert, dem Antrag der Finanzkommission, das Bussenbudget im Zusammenhang mit der verworfenen AGK um 2 Mio. Franken zu kürzen, stehe ein Minderheitsantrag gegenüber, welcher oben von Eugen Tanner dargelegt wurde.

**Paul Svoboda** stellt fest, es vergehe kein Tag, an welchem man nichts über Raser oder brutale Verkehrsunfälle lesen könne. Ausserdem legte Sabine Pegoraro die klare Korrelation zwischen der Zahl von Verkehrskontrollen und der Unfallzahl dar, weshalb er die drei vorliegenden Budgetanträge nicht verstehen könne. Das Argument, die Kontrollen würden auch Kosten verursachen, gilt seiner Meinung nach nicht, denn Kosten verursachen diejenigen Fälle, welche von einem Gericht behandelt werden müssen. Dabei handle es sich genau um jene Verkehrsdelikte, welche ausgemerzt werden sollen. Paul Svoboda empfindet es grundsätzlich als falsch, Personen, welche gegen die Verkehrsregeln verstossen, als Opfer darzustellen. Gerade auch die Verkehrsverbände sollten ihre Mitglieder dazu aufrufen, korrekt zu fahren und damit der Polizei bezüglich Einnahmen einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag der Finanzkommission zu, allerdings nur, wenn die Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle nicht angenommen wird. Sollte sie angenommen werden, müsste das Budget dementsprechend wieder um 2 Mio. Franken erhöht werden.

**Madeleine Göschke-Chiquet** betont, es sei bisher noch

kaum ein Budgetpostulat in der Öffentlichkeit auf derart viel Unverständnis und Ablehnung gestossen, wie der nun vorgeschlagene Bussenabbau der Bürgerlichen. Die vorgeschlagene Kürzung würde gegen das Gesetz und gegen die Rechtsgleichheit verstossen. Ausgerechnet diejenigen Parteien, welche sich sonst immer für die Einhaltung der Gesetze starkmachen, propagieren diesen offensichtlichen Rechtsbruch. Zudem stellt sich die Frage, wie das Anliegen umgesetzt werden soll. Werden Geschwindigkeitskontrollen bis zum neuen Jahr jeweils abgeschafft, wenn das Bussensoll bereits im November erreicht ist? Oder sollen während des ganzen Jahres die Bussen und Geschwindigkeitskontrollen beispielsweise am Wochenende aufgehoben werden? Wird gar ein Abbau von Alkoholkontrollen am Steuer verlangt?

Madeleine Göschke-Chiquet bezeichnet es als offensichtlich, dass sich die Antragsteller in denjenigen Kreisen Punkte holen wollen, welche einen lockeren Umgang mit Geschwindigkeitslimiten und Verkehrsregeln pflegen. Ein solches Vorgehen sei Populismus pur. Dass auf unseren Strassen ein Maximum an Verkehrssicherheit erreicht werden müsse, sei hoffentlich unbestritten. Wer sich nicht an die Vorschriften halte, riskiere eben eine Busse. Gerade weil zu viele uneinsichtige und egoistische VerkehrsteilnehmerInnen unterwegs sind, sind nebst Kontrollen auch andere Massnahmen wichtig, beispielsweise präventiv wirkende Kampagnen und Aufklärungsarbeit, Verkehrserziehung für Strassenrowdies, aber auch bauliche Massnahmen, welche eine automatische Anpassung der Geschwindigkeit bewirken. Ebenso wichtig sind Massnahmen, welche die Menschen motivieren, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen.

Die Grünen zeigen sich überzeugt, dass die Anzahl der Kontrollen nicht über das Budget bestimmt werden darf, sondern einzig und allein aufgrund von Verkehrssicherheitsüberlegungen festgelegt werden muss. Madeleine Göschke-Chiquet bittet den Landrat, die vorliegenden, kopflösen Budgetpostulate abzulehnen.

**Isaac Reber** erinnert daran, dass die SVP im vergangenen Sommer das Thema der Raser aufgegriffen habe. Wenn sich die SVP-Fraktion heute aber gegen Verkehrskontrollen wehre, so werde offensichtlich, dass es beim Thema Raser im Sommer nicht um die Verkehrssicherheit ging, sondern um Hetze gegen Ausländer. Wie viele Bussen bezahlt werden, bestimmt nicht der Landrat mit dem Budget, sondern jeder Verkehrsteilnehmer und jede Verkehrsteilnehmerin mit dem eigenen Verhalten. Der SVP-Antrag ist für Isaac Reber unverständlich.

**Hanni Huggel** blieb beim Lesen der vorliegenden Anträge einen Moment lang die Spucke und die Luft weg. Mit der wenigen, ihr noch verbleibenden Luft äussert sie sich wie folgt: Wäre das Anliegen am 14. Februar 2005, 04.00 Uhr gestellt worden, hätte sie es für ein gutes Fasnachtssujet gehalten. Über das vorliegende Thema könne sicherlich ein guter Vers verfasst werden, lustig jedoch sei es nicht. Es gehe in erster Linie um die Sicherheit und zudem werden als angenehme Nebenerscheinung auch Einnahmen für den Kanton generiert. Es handle sich dabei um

berechtigte Einnahmen. Wer zu schnell fährt, muss bezahlen. Hanni Huggel würde sich schämen, falls der Landrat den vorliegenden Budgetpostulaten zustimmen sollte und damit das klare Signal aussendet, gegen das Jahresende hin könnten im Baselbiet jeweils Autorennen veranstaltet werden.

**Röbi Ziegler** bezieht sich auf Eugen Tanners Argument, dass die Verfolgung von Verkehrsdelikten Kosten nach sich zieht. Das Selbe gelte auch für Eigentums-, Betrugs- oder andere Delikte, welche dem Staat sogar viel grössere Kosten verursachen.

Regierungspräsident **Adrian Ballmer** bittet den Landrat, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, welcher nach Streichung der Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle folgerichtig sei, jedoch nicht weiter zu gehen. Budgetpostulaten kommt nicht immer die gleiche Wirkung zu. Im vorliegenden Fall handle es sich um eine Prognose von Einnahmen, und auch mit einer Annahme der Postulate könne die Kadenz der Kontrollen nicht beeinflusst werden. Beeinflusst würde einzig der Saldo der laufenden Rechnung, denn das Budget würde verschlechtert und der Rechnungsabschluss würde dann besser ausfallen. So viel Adrian Ballmer bekannt ist, wird zudem nur gebüsst, wer sich nicht an die Spielregeln hält. Seiner Meinung nach müsse sich das Parlament nicht unbedingt zum Anwalt derjenigen Personen aufschwingen, welche sich nicht an die Spielregeln halten.

Da niemand im Landrat beantragt, das Konto 437.00 nicht zu kürzen, stellt **Daniela Schneeberger** in der Schlussabstimmung die folgenden Anträge einander gegenüber:

Anträge 2004-231-36 bis 38 der SVP-, FDP- und CVP/EVP-Fraktion (Kürzung um Fr. 4,8 Mio.) gegenüber Antrag der Finanzkommission (Kürzung um 2 Mio. Franken).

Seitens der Grünen und der SP wurde eine namentliche Abstimmung verlangt.

*Für die Anträge 2004/231-36 bis 38 der SVP-, FDP- und CVP/EVP-Fraktion gestimmt haben:*

Augstburger Elisabeth, Ceccarelli Daniele, Corvini Ivo, de Courten Thomas, Franz Remo, Gerber Fredy, Haas Hildy, Hasler Gerhard, Hess Urs, Holinger Peter, Jermann Hans, Jordi Paul, Krähenbühl Jörg, Nufer Juliana, Piatti Claudia, Ringgenberg Hans-Jürgen, Ryser Hanspeter, Schneeberger Daniela, Schneider Elisabeth, Simonet Jacqueline, Steiner Christian, Tanner Eugen, Thüring Georges, Völlmin Dieter, Willmann Karl, Wirz Hansruedi, Wullschleger Hans-Peter, Zihlmann Iris, Zoller Matthias, Zwick Peter

*Für den Antrag der Finanzkommission gestimmt haben:*

Abt Simone, Aebi Heinz, Anderegg Romy, Bachmann Rita, Birkhäuser Kaspar, Blatter Margrit, Brassel Ruedi, Brenzikofer Florence, Brunner Rosmarie, Chappuis Eva, Degen Jörg, Frey Hanspeter, Fritschi Anton, Fünfschilling Bea, Göschke Madeleine, Gutzwiller Eva, Halder Jacqueline,

Hammel Urs, Helfenstein Andreas, Hilber Franz, Huggel Hanni, Jäggi-Baumann Ursula, Joset Marc, Jourdan Thomi, Keller Rudolf, Küng Peter, Kunz Urs, Liechi Sylvia, Marbet Annemarie, Meschberger Regula, Morel Etienne, Münger Daniel, Nussbaumer Eric, Reber Isaac, Richterich Rolf, Rohrbach Paul, Rudin Christoph, Rüegg Martin, Rufi Werner, Schär Paul, Schenk Dieter, Schmied Elsbeth, Schoch Philipp, Schuler Agathe, Schulte Thomas, Schweizer Hannes, Steiger Bruno, Stöcklin Sabine, Straumann Dominik, Svoboda Paul, Van der Merwe Judith, Wegmüller Helen, Wenk Daniel, Wiedemann Jürg, Ziegler Röbi

://: Der Landrat stimmt mit 55:30 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu und kürzt damit das Budget (Konto 437.00) um 2 Mio. Franken.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

\*

(Fortsetzung)

Antrag 2004/231-39 von Etienne Morel, Grüne Fraktion, betreffend Anlässe/Öffentliche Anlässe, Dienststelle: 2470, Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (Konto 317.30)

**Etienne Morel** findet, Ausgaben sollten immer auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Öffentliche Veranstaltungen des Militärs sind nicht zwingend notwendig. Diese Ausgaben wären allenfalls wünschenswert, wenn man sich um die Popularität der Institution grosse Sorgen macht. Aber es ist nicht richtig – insbesondere in Zeiten des Spardrucks –, mit verstärkter PR-Arbeit und einem Öffentlichkeitsstag das Image aufzupolieren. Finanzpolitisch verantwortungsvolle und im 21. Jahrhundert lebende PolitikerInnen müssen diese unnötigen und unzeitgemässen Ausgaben streichen.

**Marc Joset** erklärt, die Finanzkommission lehne diesen Budgetantrag ab. Wie den Erläuterungen des Regierungsrates zu entnehmen ist, handelt es sich um verschiedene Anlässe, unter anderem auch um Informationen über den Bevölkerungsschutz bei den Gemeinden.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** erwähnt, dass letztes Jahr dieses Konto bereits von CHF 58'000 auf CHF 4'000 gekürzt worden sei. Diese viertausend Franken haben im Jahr 2004 bei weitem nicht ausgereicht, um das Allernotwendigste an Informationsveranstaltungen durchzuführen. Betroffen waren vor allem Informationsveranstaltungen in den Gemeinden zum Thema Bevölkerungsschutz, also nicht etwa Anlässe des Militärs. Deshalb besteht ein grosser Nachholbedarf, und die Reaktionen vieler Gemeinden waren negativ. 2005 sollen in den Gemeinden wieder Informationsveranstaltungen zu Thema Bevölkerungsschutz durchgeführt werden können; allerdings ist auch ein Anlass des Militärs geplant, nämlich der Tag der offenen Tür in der renovierten Kaserne. Dieser Tag ist aber weisstag nicht teuer.

Er habe zwar eine gewisse Sympathie für Etienne Morels Antrag, sagt **Paul Svoboda**. Aber weil es primär um den Bevölkerungsschutz geht, ist er doch dagegen. Auf Grund einer grossen Gesetzesänderung und neuer Verbände besteht vonseiten der Gemeinden ein riesiger Informationsbedarf. Paul Svoboda hat an solchen Informationsveranstaltungen schon teilgenommen und hält sie für absolut notwendig für diejenigen, welche vor Ort für den Bevölkerungsschutz verantwortlich sind.

://: Der Budgetantrag 2004/231-39 wird abgelehnt.

Anträge 2004/231-40 der SVP-Fraktion, 2004/231-41 der FDP-Fraktion und 2004/231-42 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Berater, Gutachter, Experten, Dienststelle: 2503, Projekte Schulsektor (Konto 318.20)

Die Regierung lehnt die drei Anträge ab. Regierungsrat **Urs Wüthrich** will in seinen drei Minuten drei Gründe aufzählen, weshalb:

1. Die beantragten Kürzungen sind sachlich nicht gerechtfertigt. Ein Projekt würde verhindert, das hoffentlich alle in diesem Raum Versammelten als unverzichtbar beurteilen: die externe Evaluation der Schulen. Die leichte Morgenröte am Pisa-Himmel darf kein Grund sein, auf das wichtige Instrument für die Qualitätssicherung und -verbesserung zu verzichten.
2. Die Anträge stehen im Widerspruch zu den Aufträgen, die der Landrat selber beschlossen hat. Denn der Landrat hat der Regierung im Bildungsgesetz den Auftrag gegeben, eine aussagekräftige Standortbestimmung vorzulegen.
3. Es ist unfair, wenn die BKSD neue Aufgaben – nämlich die externe Evaluation – mit einem zusätzlichen Kostenaufwand von CHF 150'000 bekommt, ohne dass man die Gesamthöhe des Budgetpostens «Projekte im Schulsektor» erhöht. Man muss das ganze Konto anschauen und nicht nur einzelne Rubriken. Eigentlich ist Urs Wüthrich davon ausgegangen, dass er für seine vorbildlich restriktive Budgetpolitik Lob bekommt und nicht mit einem Kürzungsauftrag bestraft wird.

Recherchen der SVP haben laut **Helen Wegmüller** ergeben, dass das eingestellte Geld im nächsten Jahr noch nicht benötigt wird, weil die Schulen organisatorisch noch nicht einmal die interne Evaluation eingeführt haben. Die BKSD kann noch nicht genau sagen, wer die Evaluation durchführen und wie sie genau vonstatten gehen soll. Man kann die Erhöhung also mit gutem Gewissen streichen.

Des weiteren ist auffällig, dass sich dieser Budgetposten innert dreier Jahre mehr als verdreihundertfacht hat.

**Juliana Nufer** ist zu den gleichen Erkenntnissen gekommen wie ihre Vorrednerin. Wieso sollte man jetzt schon etwas prüfen, das gar noch nicht bereit ist? – Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen einstimmig zu.

Diesen Begründungen hat **Eugen Tanner** nichts beifügen. Er möchte höchstens daran erinnern, dass die

externe Evaluation nicht unbedingt mit teuren Experten durchgeführt werden muss.

**Marc Joset** erläutert, die Finanzkommission stimme aus den genannten Gründen den Anträgen zu; allerdings gilt dies nur für das Jahr 2005, weil die Evaluation vorerst etwas herausgeschoben wird.

Nach **Kaspar Birkhäusers** Informationen werden solche Evaluationen bereits vorgenommen, z.B. am KV Liestal. Evaluationen kommen eigentlich aus der Wirtschaft, werden heute aber auch in der Verwaltung und vielen Institutionen angewandt. Sie sind ein unbestrittenes Mittel zur Qualitätsverbesserung. Wieso soll das nun ausgerechnet bei unseren Schulen nicht eingesetzt werden? Soll das die Antwort eines hinterwäldlerischen Landrats auf Pisa sein? – Ganz sicher nein.

An die Diskussionen anlässlich der Beratung des Bildungsgesetzes in der Erziehungs- und Kulturkommission kann sich **Eva Chappuis** noch sehr gut erinnern. Damals haben jene, die heute diese Budgetpostulate vorbringen, betont, wie wichtig und unverzichtbar es sei, dass externe Evaluationen nicht «im eigenen Saft» gemacht würden, sondern dass externe, unabhängige, kritische Expert(inn)en beigezogen werden können.

Auf der Sekundarstufe II – und darum geht es im Jahr 2005 – werden externe Evaluationen schon lange vorgenommen, es gab sie schon vor dem Inkrafttreten des Bildungsgesetzes. Und nun sollen sie fürs nächste Jahr abgemurkst werden? Das wäre nicht plausibel.

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** weist darauf hin, dass die SVP gemäss Finanzkommissionsbericht ihr Budgetpostulat auf CHF 200'000 abgeändert hat. Deshalb kann über alle drei Vorstösse gemeinsam abgestimmt werden.

://: Die Budgetanträge 2004/231-40, 2004/231-41 und 2004/231-42 werden angenommen.

**Antrag 2004/231-43 von Eva Chappuis, SP-Fraktion, betreffend Schulpsychologischer Dienst (Konto 2512.301.20)**

**Antrag 2004/231-44 von Eva Chappuis, SP-Fraktion, betreffend Schulpsychologischer Dienst Allschwil und Muttenz (Konto 2512.352.10)**

**Eva Chappuis** findet, sie habe ihre Budgetpostulate zwar kurz, aber ausreichend begründet. Die Regierung schreibt, die Anträge seien materiell und sachlich gerechtfertigt – und lehnt sie deshalb in letzter Konsequenz ab...

Der Schulpsychologische Dienst ist in diesem Kanton, seit sich die Antragstellerin erinnern kann, unterdotiert, hat Wartezeiten, die schädlich sind für LehrerInnen, Eltern und die betroffenen Kinder und untragbare Situationen provozieren und viele Folgekosten auslösen.

Der Landrat soll diesen Dienst endlich so gestalten, dass er seine Aufgabe wirklich wahrnehmen und nicht nur als

Feuerwehr dienen kann, wenn es wirklich brennt. Es ist dringend nötig!

Die SVP lehne die Anträge ab, teilt **Rosmarie Brunner** mit. Je mehr der Schulpsychologische Dienst aufgestockt wird, desto mehr Fälle werden generiert. Wenn die öffentliche Hand alles bezahlt, ist auch die Hemmschwelle niedriger. Es gibt viele Kinder, denen anders geholfen werden könnte, ohne dass der Gang zum Schulpsychologen nötig wird. Dies soll anhand eines Beispiels gezeigt werden, wo die Eigenverantwortung von Eltern und der zuständigen Lehrerin/Kindergärtnerin stark beschnitten worden ist: Es darf doch nicht sein, dass Erziehungsberechtigte, die ihr Kind noch ein Jahr länger zuhause behalten wollen und dies mit der Kindergärtnerin abgesprochen haben, gezwungen werden, das Kind beim Schulpsychologischen Dienst abklären zu lassen. Dies ist ein starker Eingriff in die persönliche Eigenverantwortung der Erziehungsberechtigten. So werden Fälle geschaffen, die vermieden werden könnten. Würde mehr auf die Eigenverantwortung gesetzt, könnten die lange Wartezeiten abgebaut und die wirklich schweren Fälle rasch behandelt werden.

Die Geschäftsprüfungskommission hat im Sommer 2004 laut **Hanni Huggel** die Stelle des Schulpsychologischen Dienstes in Binningen geprüft. Bei der Prüfung waren auch je ein Kollege der CVP und der SVP dabei. Sie haben festgestellt, dass der Schulpsychologische Dienst in Binningen sehr gut und speditiv arbeitet, gut organisiert ist, aber trotzdem immer wieder am Limit läuft. Vor drei Jahren ist eine Aufstockung versprochen worden. Seitdem musste man sich über die Runden kämpfen. Nun ist es an der Zeit, den Kredit zu bewilligen, damit der Schulpsychologische Dienst endlich seine Arbeit so verrichten kann, wie es eigentlich dem Leistungsauftrag entspricht.

Es macht Sinn, Kinder gut zu beraten, um sie vor Überforderung oder falscher Einschulung oder vor eskalierendem Verhalten zu schützen. Es ist keine Mode-, sondern eine Zeiterscheinung, dass unsere Gesellschaft mehr Beratung braucht; das schleckt keine Geiss weg.

Es ist wichtig für die Kinder, dass sie eine gute Beratung bekommen und dass sie nicht monatelang auf eine lange Warteliste kommen; denn manchmal ist es dringend, dass rasch gehandelt und eine Eskalation vermieden werden kann. Hanni Huggel bittet den Landrat, diesen Budgetanträgen zuzustimmen zugunsten der Kinder, der Eltern, der Lehrer – und der Gesellschaft.

**Florence Brenzikofer** gibt bekannt, dass die Grünen den Anträgen zustimmen. Die Stellenaufstockung darf nicht weiter hinausgeschoben werden. Die Probleme werden nur verlagert: Was macht man mit Schüler(inne)n, welche die Schule frühzeitig abbrechen müssen oder gar keine Chance haben, eine Lehrstelle zu finden?

Eine Ablehnung dieser Aufstockung zeugt von einer kurzsichtigen Sichtweise. Die Kosten fallen später an, sind dann aber viel höher. Es geht darum, Schwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen sofort zu erkennen und dann auch sofort zu handeln, bevor das Problem eskaliert.

://: Die Budgetanträge 2004/231-43 und 2004/231-44



werden mit 46:34 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Für die Anträge gestimmt haben:

SP: *Abt, Aebi, Brassel, Chappuis, Degen, Halder, Helfenstein, Hilber, Huggel, Jäggi, Joset, Küng, Marbet, Meschberger, Münger, Nussbaumer, Rudin, Rüegg, Schmied, Schweizer, Stöcklin, Svoboda, Ziegler*

CVP/EVP: *Jermann, Jourdan, Schuler, Simonet*

Grüne: *Birkhäuser, Brenzikofer, Göschke, Morel, Reber, Schoch, Wiedemann*

Gegen die Anträge gestimmt haben:

SVP: *Brunner, de Courten, Gerber, Haas, Hasler, Hess, Holinger, Jordi, Krähenbühl, Liechti, Piatti, Ringenberg, Ryser, Straumann, Thüning, Völlmin, Willimann, Wirz, Wullschleger*

FDP: *Anderegg, Ceccarelli, Frey, Fritschi, Fünfschilling, Gutzwiller, Kunz, Mangold, Nufer, Richterich, Rufi, Schär, Schenk, Schneeberger, Schulte, Van der Merwe, Zihlmann*

CVP/EVP: *Corvini, Franz, Schneider, Tanner, Zoller, Zwick*

SD: *Blatter, Hammel, Keller, Steiger*

Der Stimme enthalten haben sich:

CVP/EVP: *Augstburger, Bachmann, Rohrbach, Steiner*

**Antrag 2004/231-45 der SVP-Fraktion betreffend Anlässe/öffentliche Veranstaltungen, Dienststelle: 2520, Amt für Volksschulen (Konto 317.30)**

**Karl Willimann** betont, bei diesem Antrag gehe es nicht um einen grossen Betrag, sondern eher um Grundsätzliches. Bereits 1990, bei der Reorganisation des damaligen Schulinspektorats, wurde die Absicht bekundet, den Schulen mehr Gestaltungsspielraum und Eigenverantwortung zu geben. Mit dem neuen Bildungsgesetz wurden diese Bestrebungen realisiert: Neben den weiterführenden Schulen sind auch die Volksschulen und Musikschulen teilautonom geleitete Institutionen. Das neue Bildungsgesetz entlastet das Amt für Volksschulen deshalb von früheren Aufgaben (Beispiel: Schulinspektoren). Daher sollte erwartet werden können, dass die Anlässe und Kosten nicht noch ansteigen, sondern zumindest auf dem Niveau von 2003 bleiben.

In der Finanzkommission hat deren Präsident **Marc Joset** den Stichtentscheid zur Ablehnung gegeben und kann diesen Entscheid deshalb auch loyal vertreten.

Das Bildungsgesetz ist noch nicht überall definitiv umgesetzt. Landauf, landab gibt es neue Schulleitungen, die sich in neue Aufgaben einarbeiten müssen, und es gibt neue Schulräte. Für diese finden laufend wichtige Weiterbildungsmaßnahmen statt. Es handelt sich also nicht um irgendwelche folkloristische Anlässe.

Das Amt für Volksschulen hat sich auf der anderen Seite neu strukturiert und neue, andere Aufgaben übernommen. In Binningen hat Marc Joset sehr viele Rückmeldungen erhalten, dass die Lehrer die zusätzliche Dienste des AVS als sehr nützlich empfinden. Die Aufgaben für und An-

forderungen an die LehrerInnen haben nicht abgenommen, und deshalb sind diese Weiterbildungen sehr willkommen.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** hält fest, dass es um öffentliche Veranstaltungen gehe und nicht um Betriebsfeste des AVS. Die Aufgabe lautet, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Schulräte und Schulleitungen in der Lage sind, ihren neuen Gestaltungsspielraum überhaupt zu nutzen.

Jede Unternehmung, die verantwortungsbewusst und erfolgreich Neuerungen umsetzt, investiert in eine sorgfältige Einführung. Diese Einsicht sollte der Landrat teilen statt ausgerechnet die erforderlichen Budgetmittel für die Schulung und Beratung von Schulräten, Schulratspräsidien und Schulleitungen zu verweigern. Das Amt für Volksschulen dient dabei nur als Zahlstelle, denn das Geld ist eine direkte Investition in die Stärkung der Schulräte und Schulleitungen, damit sie ihre anspruchsvollen Führungsaufgaben kompetent wahrnehmen können.

Der Bildungsdirektor kann sich nicht vorstellen, dass die Antragstellenden das Projekt «Schule und Wirtschaft» verhindern wollen. Dieses treffen sie mit ihrem Antrag aber ganz direkt.

Die Qualifizierung der Schulbehörden ist unverzichtbar. Die Kompetenz und Motivation muss gesichert werden; speziell bei den nebenamtlichen Schulratsmitgliedern ist dies ganz wichtig. Die Regierung bittet daher um Ablehnung des Antrags.

**Etienne Morel** gibt bekannt, dass die Grünen klar gegen das Budgetpostulat der SVP sind. Die Kürzung hätte zur Folge, dass die Leitungsfunktionen im Bildungswesen weniger Weiterbildung geniessen könnten. Angesichts ihres neuen Aufgabenfelds wäre dies nicht zu verantworten. Dass die Veranstaltung «Schule und Wirtschaft» nicht mehr stattfinden könnte, würde wohl kaum dem Wunsch der breiten politischen Mehrheit entsprechen und sollte selbst die SVP alarmieren.

Auch die SP lehne den Antrag genauso wie auch den folgenden ab, gibt **Eva Chappuis** bekannt.

://: Der Budgetantrag 2004/231-45 wird mit 39:38 Stimmen abgelehnt.

**Antrag 2004/231-46 der SVP-Fraktion betreffend Beiträge an gemeinnützige und wohltätige Organisationen, Dienststelle: 2520, Amt für Volksschulen (Konto 365.50)**

**Karl Willimann** betont, Beiträge an gemeinnützige und wohltätige Organisationen fänden sich querbeet im ganzen Budget verteilt. Wenn nun zwei davon herausgepickt worden sind, so ist dies nach dem Zufallsprinzip erfolgt.

[Zwischenruf von **Eva Chappuis**: *Ausgerechnet zweimal in der gleichen Direktion.*]

Sei's drum... Das Ganze müsste im Prinzip auf eine andere Basis gestellt werden. Die Globalbezeichnungen «gemeinnützig» und «wohltätig» erlauben einen grossen subjektiven Interpretationsspielraum. Welche Organisationen sind aber gemeint? Nach welchen Kriterien werden die Beiträge vergeben? Etwa, weil man den Chef sehr gut kennt? – Die Gefahr besteht, dass eine gewisse Willkür

nicht vermeidbar ist. Deshalb findet die SVP, Beiträge an solche Organisationen bräuchten eigentlich eine rechtliche Grundlage.

In der Finanzkommission wurde dieser Antrag, so **Marc Joset**, nur damit begründet, dass eine rechtliche Grundlage fehle. Nun hat er verstanden, dass der Antrag einer Art Lotterie entstammt.

Die Finanzkommission lehnt den Antrag ab. Es gibt rechtliche Grundlagen: Das neue Bildungsgesetz umfasst die Erwachsenenbildung, und es bestehen Leistungsaufträge mit verschiedenen Subventionsempfängern.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** schliesst sich der Stellungnahme seines Vorredners an. Wenn man die Argumentation der Antragsstellenden ernst nimmt – und das tut der Regierungsrat in der Regel –, dann müsste das Budgetpostulat konsequenterweise zurückgezogen werden.

Die Beitragsleistungen stützen sich auf eine klare Rechtsgrundlage: der Gegenwert ist nämlich in einer Leistungsvereinbarung verbindlich zugesichert. Materiell entspricht das Projekt der unverzichtbaren Zielsetzung, die Voraussetzungen zu schaffen für eine hohe Sprachkompetenz von Ausländer(inne)n. Die Pisa-Studie lässt grüssen, nach deren Analyse der FDP-Regierungsrat und EDK-Präsident Hans Ulrich Stöckling gerade diesem Thema sehr grosses Gewicht beimisst. Von den Freisinnigen im Landrat darf eine gewisse Loyalität gegenüber Hans Ulrich Stöckling erwartet werden.

Der Antrag ist aus inhaltlichen und formellen Gründen abzulehnen.

**Kaspar Birkhäuser** betont, der Antrag sei rein formalistisch begründet. Betroffen ist der Beitrag für das HEKS, welches im Auftrag des Kantons zugunsten der Allgemeinheit Arbeiten, die sowieso gemacht werden müssen, recht kostengünstig ausführt. Davon kann der Kanton profitieren. Eine Kürzung wäre auf jeden Fall falsch.

Die Antragssteller haben, so **Röbi Ziegler**, ein Projekt aus dem Bereich der Integrationsförderung und -hilfe herausgepickt. Es geht dabei nicht nur um einen grosszügigen Beitrag an ein kirchliches Werk, das dann mit dem Beitrag machen kann, was es will, sondern es geht um einen vertraglich festgeschriebenen Auftrag in einem Arbeitsbereich, in welchem der Kanton Baselland mit allem anderen als grossen Löffeln anrichtet. Wenn jetzt in einem Bereich, in dem sowieso schon wenig getan wird, dieses Wenige noch gestrichen würde, wäre das ein schlechtes Signal, und auch für die Betroffenen hätte es verheerende Folgen.

://: Der Budgetantrag 2004/231-46 wird abgelehnt.

**Antrag 2004/231-47 von Thomas Schulte, FDP-Fraktion, betreffend nicht parlamentarische Kommissionsvergütungen BKSD (Konto 2549.300.50)**

**Thomas Schulte** erklärt, die Regierung sei gewillt, 2006 einen entsprechenden Betrag einzusetzen. Daher zieht er den Antrag zurück.

://: Der Budgetantrag 2004/231-47 ist infolge Rückzugs erledigt.

**Antrag 2004/231-48 der SVP-Fraktion betreffend Archäologie und Kantonmuseum, Direktion BKSD (Konto 2571.365.50)**

**Karl Willmann** verweist als Begründung für diesen Antrag auf seine Ausführungen zum Antrag 2004/231-46.

Wie Regierungsrat **Urs Wüthrich** betont, gebe es auch für diesen Antrag keine Argumente inhaltlicher Art. Weder hat sich jemand gegen die Leistungen ausgesprochen noch gegen den Preis, welchen der Kanton dafür bezahlt. Reklamiert worden ist auch hier die angeblich fehlende Rechtsgrundlage. In seiner Vorlage stellt die Regierung aber zu jedem einzelnen Punkt diese Rechtsgrundlage ausführlich dar. Die beteiligten Dienststellen haben diese Auskünfte noch einmal geliefert. Es ist somit klar aufgezeigt, dass die Gelder zweckmässig eingesetzt werden. Der Antrag ist abzulehnen.

**Isaac Reber** möchte in Erinnerung rufen, dass die Sitzung nicht wegen der Zulassung von Einzelsprechern so lange dauert, sondern weil über fünfzig Postulate vorliegen. Karl Willmann hat gesagt, die Postulate seien willkürlich herausgepickt worden. Man sieht tatsächlich, dass jegliche Systematik fehlt. Das vorliegende Postulat gehört – genau wie das darauf folgende und das meiste, was heute diskutiert wird – nicht in diese Budget-Debatte, sondern in den GAP-Prozess.

Die Grünen lehnen den Antrag ab, lassen die Bürgerlichen aber gerne weiter auf ihre Regierung schiessen. Weshalb sie das tun, ist zwar nicht ganz verständlich, aber es wird schon seine Richtigkeit haben...

Auch die SP-Fraktion lehnt, wie **Christoph Rudin** mitteilt, das Budgetpostulat der SVP ab. Es ist ein Beispiel dafür, dass ein gestrichener Franken nicht auch ein gesparter Franken ist. Was mit dem Geld passiert, ist unter anderem auch im Museumsleitbild nachlesbar.

://: Der Budgetantrag 2004/231-48 wird abgelehnt.

**Antrag 2004/231-49 der SVP-Fraktion betreffend Kulturelles, Direktion BKSD (Konto 365.9)**

**Sylvia Liechti** erklärt, der Kürzungsantrag laute auf CHF 1,5 Mio. Weil aber die CHF 650'000 für die Sinfonietta von der Regierung bereits aus dem Budget herausgenommen worden sind, verringert sich selbstverständlich der Kürzungsantrag auf CHF 850'000. Daran möchte die SVP-Fraktion aber festhalten.

Die Finanzkommission empfiehlt laut ihrem Präsidenten **Marc Joset** Ablehnung des Antrags.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** möchte aufzeigen, was bei einem Ja zum Antrag konkret gestrichen bzw. verhindert würde.

Der Kanton Basel-Landschaft hat verschiedene Verträge abgeschlossen, und die Regierung hat die Absicht, ein

verlässlicher Vertragspartner zu sein und zu bleiben. Dem Landrat wird nicht unterstellt, dass er die Regierung zum Vertragsbruch auffordern möchte. Das heisst, der restliche Betrag für die Kulturförderung im Kanton von jährlich CHF 870'000 würde gekürzt um weitere CHF 400'000 – das wäre ein kulturpolitischer Kahlschlag.

Richtigerweise hat sich der Landrat sehr angeregt unterhalten, als die Kürzung des Personalbudgets um 1 % besprochen worden ist; nun ist die Rede von einer Reduktion von 50 %. Für den Regierungsrat bedeutete dies, dass der eigenständige und selbstbewusste Kanton Basel-Landschaft kulturpolitisch abdanken würde.

An einem Beispiel illustriert **Christoph Rudin**, wie sich die Kürzungen auswirken würde. In Langenbruck, wo er aufgewachsen ist, ist der wichtigste kulturelle Anlass des Jahres der Theaterabend des Bergbauernvereins – ein Grossanlass für den kleinen Verein, der ohne einen Zustupf aus Liestal nicht hätte durchgeführt werden können.

Inzwischen wohnt Christoph Rudin in Birsfelden, wo er auch einmal ein Theater – das Roxy, das grösste Theater des Kantons – mitbegründet hat; er sitzt immer noch im Vorstand und hat auch den Subventionsvertrag mit ausgehandelt.

Die CHF 400'000, die das Roxy bekommt, gibt es auch weiterhin, unabhängig vom Stimmverhalten des Landrats; aber all die Heimatabende, Lesungen, Kultur an Schulen, Neuuniformierungen, die den disponiblen Teil bilden, müssten bei einem Ja dran glauben. Daher stimmt die SP Nein.

Mit der Rechnung der Regierung ist **Hildy Haas** noch nicht ganz einverstanden. Die CHF 650'000 der Sinfonietta sind im Gesamtbetrag enthalten. Diese Summe entfällt nun, und den verbleibenden Restbetrag möchte die SVP um CHF 850'000 kürzen, also nicht nur um CHF 400'000.

Die Regierung habe angenommen, dass die SVP von den richtigen Zahlen ausgehe, sagt Regierungsrat **Urs Wüthrich**. Im Antrag wird ein Betrag angenommen, der um CHF 570'000 höher ist als der effektive Saldo.

Wenn die SVP um CHF 850'000 kürzen will, heisst das: Es bleiben null verfügbare Mittel für die Kulturförderung im Kanton, weil der gesamte Rest vertraglich gebunden ist.

Es handle sich um Steuergelder, betont **Bruno Steiger**. Regierungsrat Urs Wüthrich hat seine Kompetenzen im Zusammenhang mit den Sinfonietta-Geldern überschritten. Das Volk hat anders entschieden, und nun gibt es Schwierigkeiten. Die Regierung schämt sich beinahe, die dem Orchester ungerechtfertigt ausbezahlten Steuergelder wieder zurückzufordern. Das ist Unterschlagung von Steuergeldern. Der zuständige Chefbeamte, Niggi Ullrich, müsste zur Kasse gebeten werden. Als der Hauptschuldige, der mit dem baselstädtischen Kulturkuchen bekanntermassen ziemlich verfilzt ist, ist er nicht mehr tragbar. Politisch Verantwortliche wie Urs Wüthrich haben bessere Möglichkeiten, sich aus solchen Situationen zu retten (wie sich am Beispiel von Regierungsrätin Elsbeth Schneider in der Spitalaffäre zeigt), aber ein Chefbeamter gehört nach solchen Vorfällen fristlos entlassen.

**Paul Schär** findet, es könne nicht angehen, dass sich ein fortschrittlicher Kanton wie Baselland vom Kulturellen ganz verabschiede.

://: Der Budgetantrag 2004/231-49 wird abgelehnt.

**Antrag 2004/231-50 der SVP-Fraktion betreffend Sinfonietta-Gelder, Direktion BKSD (Konto 2581.395.9)**

://: Der Budgetantrag 2004/231-50 wird ohne Diskussion einstimmig angenommen.

**Antrag 2004/231-51 von Bruno Steiger, SD, betreffend Dolmetscherkosten, Dienststellen: Gerichte und Strafverfolgungsbehörden (Konti 4000/4031/4032/4041/4042/4043/4044/4045 - 318.30)**

**Bruno Steiger** bedauert, dass Kantonsgerichtspräsident Peter Meier nur wegen dieses Antrag so lange hat warten müssen. Mit einer anderen Vorgehensweise hätte die Landratspräsidentin das verhindern können. Wenn man denkt, was Peter Meier für einen Lohn verdient, hätte man so viel Geld sparen können.

*[Heiterkeit]*

Das Gericht versteckt sich hinter dem Gesetz, aber dem Antragsteller machen die laufend steigenden Dolmetscherkosten Sorgen. Nicht auf allen Gerichten arbeiten die gleichen Leute. Nicht alle ziehen wegen jedem Hafenkäse gleich einen Dolmetscher bei. Es liegt bestimmt ein gewisser Handlungsspielraum drin, und auf das Verursacherprinzip müsste etwas mehr gepocht werden. Wenn Schweizer Ferien in einem fremden Land machen und dort mit dem Gesetz in Konflikt kommen, haben sie wohl kaum Anspruch auf Gratis-Dolmetscher. Dass dies nur mit einem Verweis auf das Gesetz rechtfertigt wird, ist mühsam.

Gerade die Strafgerichtsbarkeit ist mit jugendlichen ausländischen Straftätigkeiten extrem large und praktiziert Täterschutz. Unbedingte Landesverweise werden selten ausgesprochen, weil die Familienbande dieser Leute wichtiger sind als die Innere Sicherheit. Wäre man da etwas schärfer, gäbe es weniger Wiederholungstäter, die immer höhere Dolmetscherkosten generieren: Sie würden nämlich umgehend repatriert.

Kantonsgerichtspräsident **Peter Meier** versichert, er werde die Arbeit am Wochenende nachholen. Mehr Kosten entstehen durch seine Präsenz also nicht, fügt er schmunzelnd bei.

Bruno Steiger hat fälschlicherweise immer den Kantonspräsidenten angeschaut während seines Votums. Weil die Übernahme der Dolmetscherkosten aber in der Strafprozessordnung vorgesehen ist, müsste er vielmehr in die Landrats-Runde schauen.

Der einzige Bereich, wo die Dolmetscherkosten theoretisch den Betroffenen auferlegt werden könnten, ist die Ausschaffungshaft (rund 200 Fälle pro Jahr). Nur ist Peter Meier noch nie ein Ausschaffungshäftling untergekommen, der genug Geld gehabt hätte. Er bittet den Landrat, ihn vor der Übung zu verschonen, dass erst versucht werden müsste, die Kosten einzutreiben, um sie dann doch noch zu Lasten des Staates zu nehmen.

://: Der Budgetantrag 2004/231-51 wird abgelehnt.

**Antrag des Regierungsrates: Sonderbeitrag Universität: Erhöhung Konto 2539.361.10**

://: Der Antrag wird bei einer Gegenstimme angenommen.

**Antrag der Subko 4 der Finanzkommission: Kiss-Studie, Schulentwicklungsprojekte, Kürzung des Kontos 2590.319.70 um CHF 20'000 auf CHF 370'000**

Regierungsrat **Urs Wüthrich** blickt zurück. Die Motion 2003/295 von Martin Rüegg wurde – obwohl die Regierung zur Entgegennahme des Vorstosses in Form eines Postulats bereit gewesen wäre – vom Landrat abgelehnt. So wie das Landratsprotokoll im Zusammenhang mit dieser Ablehnung formuliert ist, braucht es heute zumindest ein Bekenntnis einer Landratsmehrheit, dass das Projekt – es geht nur um Entscheidungsgrundlagen für ein Pilotprojekt – gewünscht wird. Denn auf Grund der Voten hat der Bildungsdirektor aus Respekt vor dem politischen Willen des Parlaments verfügt, dass das Projekt nicht gestartet werden kann ohne grünes Licht des Landrats. Dann könnte erst die Studie zum Thema Bewegungsförderung in Auftrag gegeben werden. Urs Wüthrich wäre sehr froh um ein klares Signal.

**Marc Joset** berichtet, die Finanzkommission sei nach den Erkundigungen ihrer Subkommission 4 in der abschliessenden Sitzung zum Schluss gekommen, dass der Regierungsrat wahrscheinlich einfach übervorsichtig gehandelt hat, indem er die Kiss-Studie wegen des ablehnenden Landratsentscheids zum Vorstoss Rüegg nicht durchführen wollte.

Die Kiss-Studie wird mehrheitlich vom Bund finanziert, denn dieser wäre sehr froh, wenn die Kantone sich beteiligen würden.

Obwohl nun eine Klärung dieser Missstände vorgenommen werden könnte, hält eine 6:4-Mehrheit der Finanzkommission am Antrag auf Kürzung des Beitrags fest.

**Martin Rüegg** ruft in Erinnerung, dass «Kiss» für *Kinder- und Jugendstudie Region Basel* steht. Der Deckungsgrad der Studie, um die es in der abgelehnten Motion 2003/295 ging, ist viel geringer als jener der Kiss-Studie. Martin Rüegg ist an der Studie in keiner Art und Weise beteiligt; sie ist auf der Primarschulstufe angesiedelt. Sie ist ins sportpolitischen Konzept des Bundesrates eingebettet, und es besteht nationales, ja sogar internationales Interesse daran. Die Universitäten Basel und Zürich leisten ebenfalls Beiträge und arbeiten an der Studie mit.

Das Ziel der Studie, an die der Bund CHF 350'000 jährlich beisteuert, ist es, innerhalb von vier Jahren repräsentative Ergebnisse zu erreichen, die aufzeigen, was Bewegungsförderung auf die physische, aber auch psychische Leistungsfähigkeit Jugendlicher für einen Effekt hat. Es werden dazu Daten in verschiedensten Bereichen erhoben, darunter die sportliche Leistungsfähigkeit (Ausdauer, Kraft, Koordination) – von der behauptet wird, dass sie immer weiter zurückgeht –, die allgemeine Gesundheit (beispielsweise Körperfettanteile, Rückenschmerzen), psychosoziale Bereiche (Lebenszufriedenheit, Stress-

bewältigung usw.) sowie pädagogische Aspekte (Zusammenhänge zwischen Fernseh-/Computerkonsum und körperlichen Aktivitäten bzw. Lernmotivation). Es geht darum, Fakten bereitzustellen als Entscheidungsgrundlage für die Politik. Daran muss der Landrat interessiert sein.

Ein praktisches Beispiel ist die Osteoporose. Dies wird zunehmend ein Problem. Schon heute hat jede dritte Frau ab 55 Jahren ernsthafte Probleme, was enorme Kosten auslöst. Der Knochenaufbau kann aber nur während des Wachstums in der Jugend beeinflusst werden. Wenn es gelingen würde, mit einem zusätzlichen Angebot innert eines Jahres die Knochendichte um zehn Prozent zu erhöhen, könnte das Osteoporose-Risiko um bis zu 50 Prozent minimiert werden.

Der Landrat wird gebeten, grünes Licht zu geben für die Kiss-Studie und den entsprechenden, einmaligen Betrag von CHF 20'000 zu bewilligen.

Schon als Martin Rüegg seinen Vorstoss in den Rat gebracht hat, hat **Juliana Nufer** die Idee unterstützt. Das Projekt wurde an einem Anlass der parlamentarischen Gruppe Sport sogar vorgestellt. Das Budget der BKSD ist so gross, dass die CHF 20'000 darin gut Platz haben.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** hat vom Sportamt die Auskunft bekommen, die Kiss-Studie würde 2005 noch gar nicht durchgeführt. Also ist es logisch, dass der Betrag aus dem Budget gestrichen wird.

Die CVP/EVP-Fraktion folgt dem Antrag der Subko 4 der Finanzkommission, wie **Paul Rohrbach** bekannt gibt. Sie hat aber nichts gegen die Durchführung der Kiss-Studie.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** wiederholt, die Studie könne nicht durchgeführt werden wegen des ablehnenden Parlamentsentscheid zu Martin Rüeggs Vorstoss. Denn die Regierung hat sich an die damals vorgebrachten Argumente zu halten. Soll also im August 2005 die Kiss-Studie starten, braucht es heute, da der entsprechende Betrag von CHF 20'000 auf dem Tisch des Parlaments liegt, ein Ja des Landrats.

Die Betragshöhe ist nicht das Problem; aber das Finanzhaushaltsgesetz sieht vor, dass nur etwas bezahlt werden darf, dem der Landrat ausdrücklich zustimmt. Es gibt eben keine Globalbudgets für die Direktionen. Kreditverschiebungen sind nicht möglich.

Die Grünen finden, so **Jürg Wiedemann**, die Kiss-Studie wichtig. Sie muss unbedingt durchgeführt werden. Daher wird der Antrag abgelehnt.

**Hildy Haas** erinnert daran, dass die Regierung versprochen hat, zum jährlichen Verpflichtungskredit für das Konzept für Bewegung in der Höhe von CHF 350'000 eine Landratsvorlage zu erarbeiten, «welche im Herbst 2004 vom Parlament behandelt werden wird». Nun ist der Herbst 2004 vorbei, und eine Vorlage gibt es nicht. Also muss angenommen werden, sie komme nicht mehr. Und deshalb ist die SVP-Fraktion zum Ergebnis gekommen, der Budgetposten könne gestrichen werden.

**Eva Chappuis** bemerkt, offenbar sei es ganz schwierig zu begreifen, dass es um zwei Sachen geht, nämlich einerseits um eine Bewegungsstudie, wie sie Martin Rüegg inhaltlich geschildert hat, und andererseits um ein Bewegungssportkonzept für den Kanton Baselland für CHF 350'000. Zu Letzterem ist ein Vorlage in Arbeit. Der Herbst 2004 dauert noch bis zum 21. Dezember...

[Heiterkeit]

Und wenn es nicht reicht, kommt sie halt mit etwas Verspätung.

Wer ein Sportkonzept will und wer die Studie will, darf nun gar nichts kürzen. Wer das Konzept nicht will, muss CHF 350'000 kürzen, und wer die Studie nicht will, muss CHF 20'000 kürzen.

Wenn Paul Rohrbach sagt, er stimme dem Antrag der Finanzkommission zu, habe aber gar nichts gegen die Studie, dann ist das unlogisch. Wer die Studie will, muss den Antrag ablehnen.

://: Der Antrag der Subko 4 der Finanzkommission wird mit 41:34 Stimmen angenommen.

Damit gebe es die Kiss-Studie nicht, bedauert Regierungsrat **Urs Wüthrich** – Baselland ist draussen.

Gegen das sich regende Murren im Saal bestätigt Regierungspräsident **Adrian Ballmer** diese Sicht. Es gibt nun überhaupt keine Möglichkeit mehr, an der Studie mitzumachen.

#### – **Ordnungsantrag**

**Rolf Richterich** weiss, dass der Apéro kurz bevorsteht. Aber es gibt noch wichtigere Sachen. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass die erste Abstimmung bei der Behandlung des Antrags 2004/231-30, Umfahrung Laufenzwingen, ordentlich und korrekt war. Um eine zweite Abstimmung durchzuführen, braucht es gemäss Geschäftsordnung einen Ordnungsantrag. Über den Ordnungsantrag, den Ruedi Brassel wahrscheinlich stellen wollte, wurde weder beraten noch abgestimmt. Wenn nun die später erfolgte zweite Abstimmung für gültig erklärt werden soll, muss erst über jenen Ordnungsantrag abgestimmt werden. Wird dieser abgelehnt, bleibt die erste Abstimmung gültig.

Das stimme nicht, entgegnet Landratsvizepräsident **Eric Nussbaumer**.

Was das heissen solle, begehrt **Rolf Richterich** auf. Er betont, dass die Geschäftsordnung des Landrates dieses Vorgehen vorschreibe.

Darin stehe nichts über eine zweite Zählung, beharrt **Eric Nussbaumer** auf seinem Standpunkt.

Die Erklärung Rolf Richterichs nimmt Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** entgegen. Sie hält aber fest, es habe nur eine zweite Auszählung, nicht aber eine zweite Abstimmung gegeben.

Wenn ein solches Problem im Raum steht, muss es, wie **Paul Schär** findet, gelöst werden. Er bittet den Landschaftreiber, kurz die entsprechenden Abklärungen vorzunehmen. Die bestehende Unsicherheit darf nicht im Raum stehen bleiben.

Die einzige Möglichkeit, auf ein bereits behandeltes Geschäft zurückzukommen, ist laut der **Landratspräsidentin** ein Rückkommensantrag. Dann müsste nochmals abgestimmt werden.

Landschreiber **Walter Mundschin** fragt Rolf Richterich, ob er einen Rückkommensantrag stellen wolle.

#### – **Rückkommensantrag**

Er wolle nur über einen Formfehler befinden lassen, betont **Rolf Richterich**. Weil dazu offenbar ein Rückkommensantrag nötig ist, stellt er diesen nun.

**Röbi Ziegler** weiss, dass heute bereits mehrmals Abstimmungen zweimal haben ausgezählt werden müssen wegen offensichtlicher Unsicherheiten an der Richtigkeit des ersten Zählergebnisses. Dies hat auch Sylvia Liechi bestätigt, die nicht genau wusste, auf welche Seite Jürg Wiedemann gehört. Wenn solche Unsicherheiten auftreten, lässt man ein zweites Mal zählen. Dies hat Röbi Ziegler in seinen neun Landratsjahren schon x-mal erlebt, auch unter anderen Präsidien. Noch nie wurde eine zweite Auszählung mit einem Rückkommensantrag begründet sondern allein mit dem Wunsch, die Unsicherheit aus der Welt zu schaffen.

Auch **Ursula Jäggi** ist überzeugt, dass kein Formfehler vorliegt. Als ehemalige Landratspräsidentin erinnert sie sich, dass auch in ihrem Amtsjahr hin und wieder eine Zählung ein zweites Mal durchgeführt worden ist. Das ist erlaubt.

Es liegt nach Ansicht von **Simone Abt** in der Kompetenz der Präsidentin zu entscheiden, ob gezählt bzw. nachgezählt werden muss.

Es geht, wie **Isaac Reber** vermutet, gar nicht um ein formaljuristisches Problem. Die Bürgerlichen tun sich einfach ganz, ganz schwer, selber auch einen minimalen Sparbeitrag leisten zu müssen – da liegt der Hund begraben.

://: Mit 41:36 Stimmen wird Rückkommen auf den Antrag 2004/231-30 beschlossen.

#### – **Ordnungsantrag**

**Simone Abt** verlangt einen fünfminütigen Sitzungsunterbruch. Denn es gibt Ratsmitglieder, die eine namentliche Abstimmung verlangen und einen entsprechenden Antrag unterschreiben möchten.

://: Der Ordnungsantrag wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.

**Antrag 2004/231-30 der FDP-Fraktion betreffend Umfahrung Laufen/Zwingen, Direktion BUD (Konto 2312.501.10.013)**

://: Der Budgetantrag 2004/231-30 wird mit 41:39 Stimmen angenommen.

*[Unmutsbekundungen auf Seiten der Ratslinken; die Präsidentin mahnt mehrmals mit der Glocke zur Ruhe]*

#### – Schlussabstimmung

**Ruedi Brassel** will der bessere Verlierer sein als die anderen und verlangt deshalb kein Rückkommen auf das Prozedere. Er muss allerdings auf den ganzen Budgetierungsvorgang im Landrat zurückkommen.

Bis jetzt war es Ruedi Brassel immer möglich – bei all den vielen Kröten, die er schlucken musste –, zu sagen, er könne letztlich doch noch hinter dem Budget stehen. Diesmal kann er das aber nicht. Die SP hat hinter dem von der Regierung vorgelegten Budget gestanden. Nun sind aber zu viele Sachen hinein- und herausgezwängt worden, die inakzeptabel sind. Darum wird sich ein grosser Teil der SP-Fraktion der Stimme enthalten; andere stimmen gegen das Budget.

**Jürg Wiedemann** bedauert, dass die bürgerliche Mehrheit Budgetpostulate durchgezwängt hat, welche ganz massive Konsequenzen im sozialen und volkswirtschaftlichen Bereich haben werden. Damit ist ein finanzpolitischer Kurs eingeleitet, der den Grünen enorme Mühe bereitet. Sie wollen diesen Kurs nicht verantworten und können daher dem Budget nicht zustimmen.

://: Der Landrat stimmt dem Budget des Kantons Basel-Landschaft für das Jahr 2005 grossmehrheitlich zu.

#### **Landratsbeschluss betreffend Budget 2005**

vom 9. Dezember 2004

*Der Landrat des Kanton Basel-Landschaft beschliesst:*

1. Dem Budget 2005 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2450.3 Mio. Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 126.9 Mio. Franken) und einem Ertrag von 2414.2 Mio. Franken, was einen Aufwandüberschuss von 36.1 Mio. Franken ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2005 mit einem Aufwand von 221.2 Mio. Franken und einem Ertrag von 70.9 Mio. Franken, ergebend einen Aufwandüberschuss von Mio. 150.3 Mio. Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von 36.1 Mio. Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 126.9 Mio. Franken, einem Aufwandüberschuss in der Investitionsrechnung von 150.3 Mio. Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 59.5 Mio. Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.

4. Dem Voranschlag 2005 der Stiftung Kirchen- und Schulgut wird zugestimmt.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

\*

#### 25 2004/329

#### **Dringliche Motion von Thomi Jourdan vom 9. Dezember 2004: Sicherung der Tramübergänge – Jetzt braucht es konkrete Schritte!**

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** ist gewillt, die dringliche Motion entgegenzunehmen. Es ist ihr aber wichtig zu betonen, dass sie den Vorstoss nicht entgegennehme, weil bis jetzt nichts gemacht worden ist.

Wäre die dringliche Motion pünktlich um 14 Uhr behandelt worden, wäre das gerade der Zeitpunkt der Beerdigung des kleinen Nicolas gewesen. Die Bau- und Umweltschutzdirektorin war sowohl auf der Unfallstelle als auch bei der betroffenen Tramführerin, und sie hat auch einen Kondolenzbesuch bei den Eltern des Kindes gemacht. Was passiert ist, ist tragisch. Elsbeth Schneider spricht den Eltern und allen Angehörigen ihr Beileid aus.

Aber gerade an der Reichensteinerstrasse in Reinach sind viele Massnahmen bereits ergriffen worden. Schon im Sommer 2001 hat das Tiefbauamt eine Barriere bestellt und sie montieren wollen. Anwohner haben dann eine Sammeleinsprache eingereicht, mit der sie eine Barriere *und* eine Lichtsignalanlage verlangt haben. Die Bundesgesetzgebung verbietet aber eine solche Doppelvariante. Die Einsprache wurde auch vom Bundesamt für Verkehr (BAV) abgelehnt. Daraufhin haben die Anwohner im September 2001 eine Petition mit ca. 800 Unterschriften eingereicht, um ihre Forderung aufrecht zu erhalten.

Zusammen mit den Petitionären hat die Regierungsrätin damals die Unfallstelle besichtigt. Der Entscheid wurde daraufhin überprüft, und diese Überprüfung hat ergeben, dass eine Lösung mit Barriere *und* Ampel nicht möglich ist. Also wurde entschieden, auf die Barriere zu verzichten, stattdessen aber die Lichtsignalanlage zu verbessern, zusätzliche Ampeln zu montieren sowie Andreaskreuze und eine akustische Anlage anzubringen. Diese Massnahmen sind kurzfristig umgesetzt worden.

Nach dem schweren Unfall in Muttenz ist eine Arbeitsgruppe seit Monaten an der Arbeit. Sie hat sämtliche Bahnübergänge erfasst und den Ist-Zustand aufgelistet. Die Studie liegt seit etwa einem Monat vor.

Die beiden Unfallstellen Reichensteinerstrasse in Reinach und Rennbahnkreuzung in Muttenz sollen möglichst schnell verbessert werden. In ersterem Fall wurde nun entschieden, ganz auf eine Barriere zu setzen – ohne Lichtsignalanlage für den Verkehr, aber dafür eine eigene für die Fussgänger –, in Muttenz gibt es, wie mit den Gemeindebehörden besprochen, eine Barrierenanlage für Fussgänger anstelle der Ampel. Leider besteht für die Barrieren eine Lieferfrist von mehreren Monaten. Im Frühling 2005 sollen die Anlagen aber installiert werden. Im Kanton Baselland gibt es 240 Bahnübergänge, die in der erwähnten Erhebung erfasst sind. Sie sind allesamt

gesetzlich in Ordnung. Aber der *Level* soll erhöht werden. Das Ziel ist ein besserer als der übliche Standard.

Bis zum Ende des aktuellen Quartals wird, wie in der Motion gefordert, eine Landratsvorlage bereit sein. So wie es aussieht, werden die Massnahmen Kosten in zweistelliger Millionenhöhe verursachen: Ein Barrierenübergang kostet ca. eine Million Franken. Wenn schon nur zwanzig bis dreissig Anlagen gebaut werden sollen, muss der Landrat dafür die Mittel bewilligen, damit die Arbeiten umgehend beginnen können.

Eine Zahl findet Regierungsrätin Elisabeth Schneider besonders eindrücklich: In Münchenstein wird seit fünf Jahren an Übergängen geplant, wo Private involviert sind. Seit fünf Jahren gibt es laufend Beschwerden. Das Projekt von 1984 (!) wird so ständig blockiert. So ist es auch in Reinach an der Reichensteinerstrasse, wo eigentlich 2001 die Barrierenanlage nach dem Willen der BUD hätte in Betrieb gehen sollen.

**Thomi Jourdan** dankt der Regierung für die Bereitschaft zur Entgegennahme der Motion. Er anerkennt, dass die Bau- und Umweltschutzdirektion einiges geleistet hat, stellt aber fest, dass die Öffentlichkeit immer noch das Gefühl hat, es passiere überhaupt nichts. Oft ist es leider so, dass man nichts sieht, wenn hinter den Kulissen fleissig gearbeitet wird.

Oftmals verhindern Einsparungen die Realisierung solcher wichtiger Massnahmen. Mit der Motion soll der Landrat ein Zeichen setzen, dass er gewillt ist, vorwärts zu gehen und Druck zu machen auf potenzielle Einsprecher, die wissen müssen, dass der Gesetzgeber bereit ist, gewisse Unannehmlichkeiten für das Individuum durchzusetzen, wenn dadurch ein Sicherheitslevel erreicht werden kann, dank dem junge – und auch ältere – Menschenleben geschützt werden können.

Es ist sehr zu hoffen, dass auch als sicher geltende Übergänge noch einmal überprüft werden. So einer ist zum Beispiel Muttenz Dorf; dennoch ist es möglich, dass an dieser Stelle an einem einzigen Tag im November gleich zwei Rentner in Unfälle verwickelt worden sind.

Natürlich liegt eigenes Verschulden oder zumindest eine Unachtsamkeit vor, wenn jemand bei Rot über die Gleise läuft. Aber trotzdem ist es eine Präventionsaufgabe des Kantons, jenen Menschen, die nicht (mehr) imstande sind, selber für ihre Sicherheit zu sorgen, zur Seite zu stehen. Das gilt schliesslich auch im Suchtbereich und in anderen Gebieten.

Thomi Jourdan ist es kalt den Rücken hinunter gelaufen, als er letzte Woche von diesem Unfall gehört hat, weil er schon früher ein entsprechendes Postulat eingereicht hat, aber nicht wusste, was damit seither geschehen ist.

://: Der Landrat überweist die Motion.

*Für das Protokoll:*

*Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*

\*

Nr. 951

**19 2004/257**

**Motion der SVP-Fraktion vom 14. Oktober 2004: Rückforderung Subvention an Basel Sinfonietta. Überweisung zur Vorprüfung an die Finanzkommission**

Nr. 952

**20 2004/259**

**Motion von Patrick Schäfli vom 14. Oktober 2004: Basel Sinfonietta: Rückzahlung unrechtmässig ausbezahlter Beiträge 2003. Überweisung zur Vorprüfung an die Finanzkommission**

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** erklärt, das Büro möchte die beiden Motionen zur Vorprüfung an die Finanzkommission überweisen lassen. Denn diese hat ein Rechtsgutachten zu dieser Frage in Auftrag gegeben. In der entsprechenden Berichterstattung könnten die beiden Vorstösse gleich mit berücksichtigt werden.

**Marc Joset** ergänzt, der Rat könne die beiden Motionen zur Vorprüfung an die Finanzkommission überweisen oder auch nicht; sie sind sowieso bereits Gegenstand der Beratungen. Das entspricht zwar nicht ganz den Gepflogenheiten, dient aber wohl der Öffentlichkeitsarbeit. Die Kommission arbeitet am Thema; die Motionen wären gar nicht nötig gewesen.

://: Die beiden Motionen 2004/257 und 2004/259 werden zur Vorprüfung an die Finanzkommission überwiesen.

*Für das Protokoll:*

*Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*

\*

Nr. 953

### Mitteilungen

Nach Ablauf der ersten Hälfte ihres Amtsjahres zieht Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** eine Zwischenbilanz:

«Die erste Hälfte meines Präsidialjahres neigt sich dem Ende zu, und ich möchte diese Gelegenheit gerne dazu benutzen, um zu danken:

– allen Kolleginnen und Kollegen im Rat für die Arbeit, welche Sie im Dienste des Baselbiets leisten. Persönlich bin ich Ihnen für das gute und befruchtende Verhältnis dankbar, das wir miteinander pflegen durften und hoffentlich auch in Zukunft dürfen.

– Die Zusammenarbeit im Büro und in der Ratskonferenz war ausserordentlich angenehm. Für die Unterstützung möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen in diesen beiden Gremien ganz herzlich danken.

– Einen besonders herzlichen Dank richte ich natürlich an Eric Nussbaumer, den Landrats-Vizepräsidenten. Er ist

immer auf Draht und unterstützt mich beispielhaft.

– Einen nicht minder herzlichen Dank richte ich natürlich auch an Landschreiber Walter Mundschin und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskanzlei. Sie leisten vorzügliche Arbeit im Dienste des Parlaments.

– In diesen Dankesreigen schliesse ich natürlich auch die Mitglieder des Regierungsrates ein.

– Und *last but not least* wollen wir auch die vierte Gewalt, nämlich die Medien, nicht vergessen. Wir sind für ihre kritische Begleitung und die laufende Berichterstattung über unsere Arbeit sehr dankbar.

Ich hoffe, dass Sie meine bisherige Präsidentschaft und Sitzungsleitung gut überstanden haben. Nachdem mir bislang keine grösseren 'psychischen Schäden' gemeldet worden sind, werde ich im neuen Jahr wohl im gleichen Sinn und Geist weiterfahren.

Nach diesem zweitägigen Budget-Marathon haben wir nun zweifellos eine Pause verdient. Wir stehen vor Weihnachten und dem Jahreswechsel. Ich wünsche Ihnen in dieser hoffentlich für alle etwas besinnlichen und ruhigen Zeit von Herzen alles Gute und vor allem innere Zufriedenheit und wohltuende Entspannung von der Alltags-Hektik.

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen allen vor allem Gesundheit und in jeder Hinsicht alles Gute. Uns, dem Landrat und dem Regierungsrat, wünsche ich die nötige Kraft und eine glückliche Hand für unsere verantwortungsvolle Arbeit.

Ich wünsche mir und uns allen, dass wir das neue Jahr frisch, unverkrampft und vor allem mit einer positiven Einstellung angehen.»

Trotz aller Probleme gebe es in unserem Leben immer noch sehr viel Schönes und Positives, fährt die **Landratspräsidentin** fort. Darüber sollte man sich freuen statt immer zu bedauern, was einem fehlt. Was wir haben, ist nämlich – im Vergleich mit anderen Menschen auf dieser Welt – nicht wenig.

Das Sitzungsjahr soll musikalisch ausklingen. Dafür sorgt «La Brasserie».

*[Applaus]*

Es handelt sich dabei um ein interkantonales Brass-Quartett, wobei Bern und Baselland stark dominieren. Bern wird vertreten durch die beiden Cornettisten Beat Hirschi, einen ins Baselbiet immigrierten Berner, und Jürg Tschudin, der umgekehrt von Lausen nach Bern gezogen ist. Das Quartett wird ergänzt durch zwei Ur-Baselbieter: Christian Joseph spielt Euphonium und dürfte einigen Landräten bekannt sein als Komponist des Jubi-Marsches zum 100-Jahre-Jubiläum des Musikverbands Baselland. Dazu kommt der Gelterkinder Sekundarlehrer Roger Leoni auf dem S-Horn. Die beiden sind in Buckten aufgewachsen. Das ist im Oberbaselbiet.

*[Heiterkeit]*

Gegründet wurde «La Brasserie» ganz spontan vor fünf Jahren anlässlich eines Konzerts. Seither hat das Quartett eine Vielzahl von Auftritten ganz unterschiedlicher Natur absolviert, so an Geburtstagsfeiern, in Restaurants oder auch an Vorfasnachtsveranstaltungen und auf Kunstseisenbahnen.

Der Name «La Brasserie» weist nicht in erster Linie auf das Brauereigewerbe hin, sondern auf die Liebe des Quartetts zur Brassmusik und den entsprechenden Instrumenten.

*[«La Brasserie» intonieren die «Wassermusik» (Georg Friedrich Händel), «One Moment in Time» (Albert Hammond, John Bettis) und «Tochter Zion» (trad.). Im Rat werden während des Vortrags nach und nach die Kerzen angezündet; am Schluss erfolgt kräftiger Applaus.]*

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** weist darauf hin, dass das Quartett auch den folgenden Apéro noch weiter musikalisch begleiten wird. Sie kündigt die anschliessende Ratskonferenz-Sitzung an, wünscht allen anderen «Zum Wohl!» und schliesst die Sitzung um 17:05 Uhr.

*Für das Protokoll:*

*Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*



**Die nächste Landratssitzung findet statt am**

**13. Januar 2005**

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

**Im Namen des Landrats**

**die Präsidentin:**

**der Landschreiber:**